

roinfo

Tiroler Raumordnung und Regionalentwicklung

Heft 34 · Dezember 2007



4 ZukunftsRaum Tirol
Freie Fahrt und volle Kraft für die Umsetzung

6 . . . Zukunftsweisende Energiepolitik

8 . . Räumliche Aspekte der neuen
Tiroler Energiepolitik

12 Arbeitsschwerpunkte
der ÖROK

16 Masterplan Inn

18 . . . INTERREG IV A
grenzübergreifende
Zusammenarbeit

22 Die LEADER –
Bewerbungen in Tirol

25 Widmungsbilanz
2007

29 Baulandbilanzen
im Tiroler Zentralraum

32 Tivoli – neuer Stadtteil
im Zentrum von Innsbruck



tirol

Unser Land.

Amt der Tiroler Landesregierung

inhalt themen

- 3 **Herausgeberbrief** Franz Rauter
- Raumordnungs- und Regionalpolitik**
- 4 ZukunftsRaum Tirol
Freie Fahrt und volle Kraft für die Umsetzung Landesrätin Anna Hosp
- 6 Zukunftsweisende Energiepolitik Landesrat Johannes Bodner
- Im Brennpunkt**
- 8 Räumliche Aspekte der neuen Tiroler Energiepolitik Martin Sailer
- Blick über den Zaun**
- 12 Arbeitsschwerpunkte der ÖROK Franz Rauter
- Koordination in der Raumordnung**
- 16 Masterplan Inn – Strategien zur künftigen
Hochwasserprävention und zur Gewässerentwicklung Hubert Steiner
- Regionalentwicklung**
- 18 Programme zur grenzübergreifenden
Zusammenarbeit – INTERREG IV A Sigrid Hilger
Christian Stampfer
- 22 Die LEADER – Bewerbungen in Tirol Christian Stampfer
- Örtliche Raumordnung**
- 25 Widmungsbilanz 2007 - Bauland ist keine Mangelware Robert Ortner
- 29 Analyse der Baulandbilanzen im Tiroler Zentralraum Manfred Riedl
- Vor den Vorhang**
- 32 Tivoli – ein neuer Stadtteil im Zentrum von Innsbruck Martin Schönherr
- Kurzmeldungen**
- 7 Fragebogen RO-Info
- 13 5. Tiroler Innovationstag
- 15 Berichte zu Fachveranstaltungen
- 20 INTERREG IV B – Alpenraumprogramm – Alpine Space Programme
- 21 **Statistik aktuell**
- Tourismusentwicklung in der Sommersaison 2007 Johann Weber
- 23 LEADER Region Außerfern bei Konferenz in Portugal
- 24 Management für LAG MUT und Hohe Salve
- 26 Veranstaltung “Gemeinden mobil“
- 28 Internationale Konferenz „Managing Alpine Future“
- 33 3. GemNova.net Kongress in Nauders

IMPRESSUM - *Medieninhaber (Verleger):* Amt der Tiroler Landesregierung, 6020 INNSBRUCK. *Schriftleitung:* Dipl.-Ing. Manfred Riedl. *Für den Inhalt verantwortlich:* Mag. Franz Rauter, Abteilung Raumordnung - Statistik, Heiliggeiststraße 7-9, 6020 INNSBRUCK, Tel. 0512/508-3602, Fax 0512/508-3605, E-Mail: raumordnung.statistik@tirol.gv.at *Layout:* John Walton, Fa. Graphik & Arts Studio, 6071 ALDRANS. *Umbruch und technische Abwicklung:* Gerhard Hahn. *Druck:* Landeskanzleidirektion, Landhaus, 6020 INNSBRUCK. RO-Info erscheint 2 mal jährlich. Einzelhefte oder Abo können schriftlich beim Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Raumordnung-Statistik, Heiliggeiststraße 7-9, 6020 INNSBRUCK, Fax 0512/508-3605, E-Mail: raumordnung.statistik@tirol.gv.at bestellt werden. *Kostenersatz:* Einzelheft Euro 3,63 -, Abo-Preis für 2 Hefte Euro 7,26 -; *Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol. Erklärung über die grundlegende Richtung: Information über Angelegenheiten der Raumordnung.



Kofinanziert aus den Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung

Liebe Leserinnen und Leser!

2007 war für die Raumordnung und Regionalentwicklung in Tirol ein wichtiges Jahr. Neben der Vielfalt der täglichen Arbeit wurden auch weit reichende Entscheidungen gefällt.

Da ist zuvorderst der Beschluss der Landesregierung über den Raumordnungsplan ZukunftsRaum Tirol zu nennen. Ein intensiver Ausarbeitungsprozess mit zahlreichen Beteiligten fand damit seinen formellen Abschluss. Damit wird eine Weichenstellung für die räumliche Entwicklung Tirols in den nächsten 10 Jahren vorgenommen. Eine wesentliche Aufgabe des ZukunftsRaums liegt darin, die verschiedenen Aktivitäten, die die räumliche Entwicklung Tirols beeinflussen und steuern, an gemeinsamen Zielen und abgestimmten Strategien auszurichten. Nun geht es darum – wie Landesrätin Anna Hosp näher ausführt – die konkrete Umsetzung gut in Gang zu bringen.

Wesentliche Anliegen der Landesentwicklung – mit durchaus auch räumlichen Dimensionen – sind auch die Sicherung der Energieversorgung, der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien, die Erhöhung der Energieeffizienz und das Energiesparen. Mit der von der Landesregierung beschlossenen Tiroler Energiestrategie 2020 erhält die Tiroler Energiepolitik einen strategischen Rahmen. Wichtig ist hier ebenfalls die konsequente Umsetzung, wie Landesrat Hannes Bodner in seinem Beitrag betont. Die Einsetzung eines Energiebeauftragten für die Steuerung und Koordination der Umsetzungsmaßnahmen ist dabei ein wichtiger Schritt.

Das Energiethema ist in Tirol unter den spezifischen Gegebenheiten eines alpinen Landes zu behandeln. Die räumlichen Konsequenzen der Energiepolitik bzw. die Frage, was die Raumordnung beisteuern kann, um energiepolitische Zielsetzungen zu unterstützen, verdient eine nähere Betrachtung. Martin Sailer liefert dazu einen ersten gedanklichen Einstieg und zeigt auf, dass es auch hier – auch ganz im Sinne des ZukunftsRaumes – ein abgestimmtes Handeln braucht.

Die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) befasst sich derzeit mit einer ganzen Reihe an interessanten Themen, über die ich in einem eigenen Beitrag näher berichten darf.

Aus Tiroler Sicht erfreulich sind im Besonderen die Ergebnisse der neuen ÖROK-Erreichbarkeitsanalyse. Aus dieser ist abzuleiten, dass die intensiven Bemühungen der letzten Jahre um eine Stärkung des öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs mittlerweile auch in Erreichbarkeitsindikatoren ihren Niederschlag finden.

Unter der Federführung der Abteilung Wasserwirtschaft wurde mit starker Beteiligung des WWF und unter Beiziehung des Naturschutzes und der Raumordnung der Masterplan Inn auf Antrag von Landesrat Hannes Bodner von der Landesregierung beschlossen. Wie Hubert Steiner dazu berichtet, geht es hier um abgestimmte Strategien zur künftigen Hochwasserprävention und gleichzeitig zur Gewässerentwicklung dieses Tiroler Hauptflusses.

Wichtig war das Jahr 2007 aber auch hinsichtlich des Beginns der neuen Förderperiode der EU-Regionalförderungsprogramme, die von 2007 bis 2013 dauert. Sowohl in der Entwicklung der hierfür notwendigen Strukturen auf Ebene der Regionen und des Landes als auch in der Vorbereitung der einzelnen Förderprogramme bis hin zur Genehmigung durch die Europäische Kommission konnte im abgelaufenen Jahr eine „gute Ernte eingebracht“ werden. Tirol ist nunmehr in den nächsten 7 Jahren in Bezug auf regionalpolitische Initiativen bestens aufgestellt. Sigrid Hilger und Christian Stampfer vermitteln einen näheren Blick auf die neuen Interreg-Programme und auf die erfolgreiche Bewerbung der Tiroler Leader-Regionen.

Im engeren Sinne findet die Raumordnung in der Widmungstätigkeit der Gemeinden ihren konkreten Niederschlag. Um die Zielerreichung der örtlichen Raumordnung objektiv beurteilen und zusätzlichen Handlungsbedarf feststellen zu können, ist neben dem unmittelbaren Erfahrungswissen auch ein Blick auf die objektiven Fak-

ten notwendig. In diesem Sinne befassen sich Robert Ortner und Manfred Riedl in diesem Heft mit dem Widmungsgeschehen der letzten Jahre und berichten über die ersten Ergebnisse der mit modernsten Methoden durchgeführten Erhebung der Baulandreserven.

Gute Raumordnung wird für die Menschen weniger durch einen Blick auf den Flächenwidmungsplan sondern angesichts der konkreten und sichtbaren baulichen Entwicklung greifbar. Gerne setzen wir daher in unserer Rubrik „Vor den Vorhang“ die Vorstellung geglückter Beispiele von Orts- und Stadtentwicklung fort., diesmal am Beispiel der Überbauung des Tivoli-Areals in Innsbruck.

Abschließend noch ein Wort in eigener Sache: Unsere Zeitschrift RO-Info gibt es nunmehr seit 17 Jahren. Seit 1996 erscheint sie in der jetzt vorliegenden Form. Getreu dem Motte „Wer rastet – der rostet“, denken wir, dass es wieder einmal Zeit ist, vor allem unsere Leserinnen und Leser zu fragen, ob sie mit den Inhalten und dem Erscheinungsbild dieser Publikation einverstanden sind. Teilen Sie uns mit was sie stört, was sie ändern wollen und welche zusätzlichen Inhalte sie erwarten würden! Nehmen Sie sich bitte die Zeit, **den Fragebogen** auf Seite 7 zu kopieren, auszufüllen und uns zu übermitteln. Alternativ können Sie den gleichen Fragebogen im Internet unter www.tirol.gv.at/raumordnung ausfüllen und übersenden.

Bitte helfen sie uns, damit wir Ihre Ansprüche an Informationen über die Tiroler Raumordnung und Regionalentwicklung auch in Hinkunft erfüllen können.

Es grüßt Sie herzlich



Franz Rauter



ZukunftsRaum Tirol Freie Fahrt und volle Kraft für die Umsetzung

Landesrätin Anna Hosp

Am 18. September 2007 hat die Tiroler Landesregierung den Raumordnungsplan ZukunftsRaum Tirol beschlossen. Der anspruchsvolle und breit angelegte Ausarbeitungsprozess fand damit seinen formellen Abschluss. Nun gilt es, mit vereinten Kräften die Umsetzung in Schwung zu bringen.



Die breite, engagierte Beteiligung und die Ausrichtung am Grundsatz der Nachhaltigkeit brachten den Erfolg

Ein kurzer Blick zurück: Als Anfang 2005 der Startschuss für die Arbeiten am ZukunftsRaum fiel, haben alle Beteiligten Neuland beschritten. Es gab in Tirol zuvor keinen gesamthaften landesplanerischen Ansatz und es gab auch keine Erfahrungen mit einem so breit angelegten Beteiligungsprozess bei einem strategischen Thema.

Heute können wir sagen, das Wagnis hat sich gelohnt! Die Mitarbeit vieler Menschen beflügelte den Ausarbeitungsprozess ungemein. Allen, die sich hier eingebracht haben, sei nochmals ein herzliches Danke gesagt!

Das inhaltliche Ergebnis kann sich sehen lassen. Auch die intensive Diskussion im abschließenden Begutachtungsverfahren hat deutlich gemacht, dass es hier nicht um ein „Allerweltpapier“ geht, sondern dass bei den Weichenstellungen für die künftige räumliche Entwicklung des Landes Tirol auch den schwierigen Themen und den damit verbundenen Zielkonflikten nicht ausgewichen wurde.

Die durchgängige Orientierung an einem Modell der nachhaltigen Entwicklung war dabei der Schlüssel, sich in der gegenseitigen Bedingtheit und Beeinflussung sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Notwendigkeiten und Interessen nicht zu „verirren“.

Erst der Blick auf das Ganze gibt den einzelnen Maßnahmen Sinn

Der ZukunftsRaum Tirol ist und bleibt in seinem Kern ein Ziel- und Strategiedokument, das sich mit der räumlichen Entwicklung Tirols in den nächsten zehn Jahren aus einer vernetzten Gesamtsicht heraus befasst.

Abgeleitet aus den Zielen und Strategien ergeben sich zehn besonders wichtige Handlungsfelder. Der von der Landesregierung beschlossene Raumordnungsplan konkretisiert diese Handlungsfelder vorerst für die nächsten drei Jahre und legt entsprechende Maßnahmen fest.

Eine kompakte und bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung, die Optimierung des Wirtschaftsstandortes Tirol im Rahmen der alpinen Gegebenheiten, die verstärkte Abstimmung von Verkehrs- und Raumentwicklung und die Gewährleistung von hochwertiger Infrastruktur und Versorgungseinrichtungen werden dabei ebenso angesprochen wie der Schutz vor Naturgefahren und die künftige Freiraumentwicklung in ihren unterschiedlichen Dimensionen.

Die Umsetzung hat eigentlich schon mit der Ausarbeitung begonnen, aber jetzt wird es konkret

Insgesamt sind es 53 zum Teil sehr komplexe Maßnahmen, die den Kern der Umsetzung des ZukunftsRaums in den kom-

menden drei Jahren bilden werden.

In Wahrheit hat die Umsetzung des ZukunftsRaums ja schon früher begonnen: Seit die ersten Arbeits- und Reflexionsgruppen tätig wurden, hat diese gesamthafte Befassung mit Fragen der Landesentwicklung weitere Kreise gezogen und fanden Denkmuster des ZukunftsRaums Eingang in verschiedenste laufende Aktivitäten. Dieser „Schneeballeffekt“ ist wohl eine der wichtigsten Wirkungen, die von einem derartigen Planungsprozess ausgehen kann. Diese generelle Wirkung, die Berücksichtigung der Ziele und Strategien des ZukunftsRaums in der täglichen Arbeit und bei der Entscheidungsfindung soll, ja muss weiter gehen, wenn dieses Dokument wirklich seinen Zweck erfüllen soll. Darüber hinaus gilt es jetzt, die im Raumordnungsplan festgelegten kurzfristigen Maßnahmen konkret umzusetzen. Zum Teil wird das in Form neu in Gang zu setzender Projekte geschehen, zum Teil ist ein Anknüpfen an bereits begonnene Projekte möglich. Teils geht es auch darum, bestimmte Strukturen oder Abläufe zu optimieren. In hohem Maße richten sich diese Umsetzungserfordernisse natürlich an das Land und seine Einrichtungen. Viele Stellen sind angesprochen und werden in ihren jeweiligen Verantwortungsbereichen oder im Team ihren Beitrag zum ZukunftsRaum leisten. Die entsprechenden „Arbeitspakete“ werden derzeit gerade zusammengestellt. Die bisherigen Abstimmungsgespräche signalisieren ein hohes Maß an Mitarbeit und Bereitschaft zur Zusammenarbeit.

Regionen und Gemeinden sind wichtige Partner

Bei rund drei Viertel der im Zukunftsraum enthaltenen Maßnahmen sind Gemeinden, Planungsverbände und Regionalmanagementeinrichtungen wichtige Umsetzungspartner.

Der Zukunftsraum definiert eine Richtung und gibt einen Rahmen für die räumliche Entwicklung des Landes vor. Er respektiert aber auch die Subsidiarität und trifft daher keine unmittelbar ortsbezogenen Festlegungen. Umso mehr ist es aber nötig, dass Regionen und Gemeinden die Rahmenvorgaben des ZukunftsRaums aufgreifen und für ihren Verantwortungsbereich konkretisieren.

Der Zukunftsraum forciert die fachübergreifende und die regionale Zusammenarbeit. Starke, aktive Planungsverbände sind ein deklariertes Ziel. Sie befinden sich derzeit noch in einer Aufbauphase und nützen ihre Handlungsspielräume in unterschiedlichem Maße. Es ist gut, wenn sich diese Zusammenarbeit in konkreten Projekten, wie z.B. der Standortsuche für gemeinsame Einrichtungen, der Entwicklung gemeinsamer Gewerbegebiete oder im Bereich der Verwaltungszusammenarbeit niederschlägt. Es ist darüber hinaus aber auch notwendig, dass sich Planungsverbände mit der längerfristigen, strategisch orientierten Entwicklung befassen, um Einzelentscheidungen besser fundieren zu können und um den Verbandsgemeinden gute Grundlagen für die in den nächsten Jahren bevorste-

henden Fortschreibungen der örtlichen Raumordnungskonzepte in die Hand zu geben. Einen Beitrag zur Umsetzung des ZukunftsRaums zu leisten, heißt für die Planungsverbände also auch, sich verstärkt mit der Entwicklung regionaler Ziele und Strategien und darauf abgestimmter Maßnahmen zu befassen.

In Bezug auf die regionalwirtschaftliche Strategieentwicklung hat es ja – abgestimmt mit dem ZukunftsRaum – in den beiden letzten Jahren eine durchaus erfreuliche Entwicklung gegeben: In jenen Teilen Tirols, in denen Regionalmanagementeinrichtungen bestehen bzw. die sich als LEADER-Regionen für die EU-Förderperiode 2007 – 2013 beworben haben, wurden in enger Zusammenarbeit zwischen den Regionalmanagementstellen, den Planungsverbänden und allen relevanten Akteuren regionale Entwicklungsstrategien erarbeitet. Die inzwischen erfolgte Anerkennung als LEADER-Regionen war der erste Erfolg dieser Tätigkeit. Entscheidend wird es aber sein, diese Strategien in der künftigen Projektentwicklung auch tatsächlich umzusetzen. Auch das wird ein ganz maßgeblicher Beitrag zur regionalen Umsetzung des ZukunftsRaums sein.

Wenn im ZukunftsRaum u.a. eine kompakte Siedlungsentwicklung als wichtiges Ziel angesprochen und mit einer Reihe von Maßnahmen verknüpft wird, dann sind natürlich auch die einzelnen Gemeinden in ihrer Verantwortung für die örtliche Raumordnung ganz maßgeblich als Umsetzungspartner angesprochen.

Auch Interessenvertretungen, NGOs und die Wissenschaft sind angesprochen

Die Beteiligung am Ausarbeitungsprozess zeigt schon, dass es noch weitere Umsetzungspartner für den ZukunftsRaum gibt. Auch Interessenvertretungen und NGOs entfalten raumwirksame Aktivitäten und sind eingeladen, ihrerseits Beiträge zum ZukunftsRaum zu leisten.

Manche Fragen der künftigen räumlichen Entwicklung Tirols erfordern eine vertiefte Befassung mit den Grundlagen. Damit ist auch die wissenschaftliche Ebene als ZukunftsRaum-Partner angesprochen. Erste Kontakte zeigen, dass hier durchaus Interesse zur Zusammenarbeit besteht.

Die Umsetzung im Blick behalten, den ZukunftsRaum weiter entwickeln

Es ist also keine Frage: Nicht nur die Erarbeitung des ZukunftsRaums war notwendigerweise ein Prozess mit vielen Beteiligten – auch die Umsetzung bedarf der gemeinsamen Anstrengung vieler. Eigenes Engagement ist dabei ebenso gefordert, wie die Öffnung zur Zusammenarbeit.

Dieses Umsetzen mit verteilten Rollen erfordert es aber auch, das Geschehen, die Umsetzungserfolge zu dokumentieren und sichtbar zu machen. Nur so können alle Beteiligten und die BürgerInnen des Landes den Erfolg des ZukunftsRaums bewusst wahrnehmen und nur so können wir auch der Dynamik unserer Zeit Rechnung tragen und den ZukunftsRaum entsprechend weiter entwickeln.

Der Maßnahmenhorizont des derzeitigen Raumordnungsplans umspannt drei Jahre. Rechtzeitig vor dem Ablauf dieser Periode wird ein Bericht über den bis dahin erzielten Umsetzungserfolg vorliegen und wird es Vorschläge für notwendige Anpassungen des ZukunftsRaums und für die Schwerpunkte der nächsten Umsetzungs-etappe geben. ■



Zukunftsweisende Energiepolitik

Landesrat Johannes Bodner



Mit der Tiroler Energiestrategie 2020 wird auf die Veränderungen der energiewirtschaftlichen und energiepolitischen Rahmenbedingungen reagiert. Damit wird die Wichtigkeit eines nachhaltigen Umgangs mit den Energieressourcen aufgezeigt.

Grundlagen und Fakten

Mit Beschluss vom 15.08.2005 hat die Tiroler Landesregierung den Synthesebericht zu den Wasserkraft-Optionen der TIWAG - Tiroler Wasserkraft AG zu Kenntnis genommen. Auf Grund der darin aufgezeigten Veränderungen der energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen wurde dem Amt der Landesregierung der Auftrag erteilt, zu den energiepolitischen Fragen

- Ziele der Energiepolitik,
- Energiemanagement, im Besonderen Energiesparmaßnahmen,
- Prüfung erneuerbarer bzw. alternativer Energien

eine Darstellung des aktuellen Status und Überlegungen für weitere Maßnahmen vorzulegen.

In Ausführung dieses Auftrags wurde

unter meiner Leitung eine Projektarbeitsgruppe eingesetzt, um in Fortschreibung des Energieleitbildes Tirol 2000 - 2020 ein Strategiepapier als Grundlage für die Tiroler Energiepolitik auszuarbeiten. Dieses liegt nun vor und kann mit beeindruckenden Fakten aufwarten.

Der Gesamtenergieverbrauch in Tirol inklusive der Treibstoffe hat im Betrachtungszeitraum 1994 bis 2004 um 48% zugenommen. Ohne Berücksichtigung des Verkehrs beträgt der Zuwachs 35%. Es ist davon auszugehen, dass sich dieser Trend aufgrund von Faktoren wie steigendem Wirtschaftswachstum oder weiterer Zunahme der Wohnungsanzahl fortsetzen wird. Experten gehen davon aus, dass ohne geeignete Gegenmaßnahmen mit einem Verbrauchszuwachs von zumindest 15% zu rechnen ist.

Strategien und Ziele

Die Tiroler Energiestrategie 2020 basiert auf zwei Eckpfeilern. Das sind die Steigerung der Energieeffizienz in allen Sektoren sowie ein verstärkter Ausbau heimischer, erneuerbarer Energieträger im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung. Voraussetzung ist die Umsetzung eines umfassenden Maßnahmenbündels. Neben rechtlichen Anforderungen und einer Anpassung der Anreizsysteme werden im Rahmen der Strategie im Besonderen auch Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung sowie zur Förderung des Wissens- und Technologietransfers forciert.

Primäres Ziel für unser Land ist es, eine sichere und eigenständige Energieversorgung anzustreben. Daneben haben wir uns





zum Ziel gesetzt, durch Effizienzmaßnahmen und den Ausbau erneuerbarer Energieträger zum Umweltschutz beizutragen. Damit fördern wir auch den Wirtschaftsstandort Tirol. Effizienzmaßnahmen stärken die Wettbewerbsfähigkeit der Tiroler Wirtschaft, gleichzeitig gelten neue Umwelttechnologien als interessanter Wachstumsmarkt. Schlussendlich streben wir im Bereich Energieeffizienz zumindest eine jährliche Einsparung von 1% des durchschnittlichen Endenergiebedarfes der vergangenen fünf Jahre an.

Handlungsebenen

Um diese Ziele zu erreichen, agiert das Land auf drei Handlungsebenen. Ein Schwerpunkt liegt zunächst in der Information und Motivation der Tiroler Bevölkerung. Darüber hinaus gilt es, durch gezielte Förderungen einen Anreiz für Energiesparmaßnahmen zu schaffen. Auf der dritten Ebene kann das Land im Rahmen von Gesetzen und Verordnungen lenkend – etwa bei der Bestimmung von Zielwerten in den Technischen Bauvorschriften – auf den Energieverbrauch einwirken. Die Tiroler Energiestrategie beinhaltet aber auch einen umfangreichen Maßnahmenkatalog. Dabei wird zwischen Maßnahmen im Bereich privater Haushalte, privater und öffentlicher Dienstleistungen, Sachgütererzeugung, Landwirtschaft, Verkehr sowie Energieversorgung unterschieden.

Photovoltaik-Förderung verdoppelt

Zahlreiche Maßnahmen der Tiroler Energiestrategie 2020 befinden sich bereits in der Umsetzung. Hier ist etwa die Einführung des Energieausweises für Gebäude zu nennen. Darüber hinaus wurde Anfang des Jahres das Zentrum für erneuerbare Energien in Schwaz eingerichtet. Im gewerblichen Bereich fördert das Land Energiesparmaßnahmen, wie thermische Sanierung von Gebäuden oder auch die Errichtung von Solaranlagen. Die Wohnbauförderung unterstützt gezielt energieeffizientes Bauen. Aber auch im Bereich der Photovoltaikförderung setzt das Land Akzente. Neben dem Solaranlagenboom der vergangenen Jahre haben die Tirolerinnen und Tiroler vermehrt die Photovoltaik für sich entdeckt. Dies hat zur Folge, dass das von der Landesregierung beschlossene Förderkontingent von 100 kWpeak für das heurige Jahr zur Gänze ausgeschöpft wurde. Wir haben darauf reagiert und ein zusätzliches Förderkontingent von 100 kWpeak zur Verfügung gestellt.

Energiebeauftragter

Wie bereits erwähnt, beinhaltet die Tiroler Energiestrategie 2020 ein äußerst vielfältiges Maßnahmenpaket. Aus diesem Grund hat die Tiroler Landesregierung beschlossen, einen Energiebeauftragten einzusetzen. Dieser soll die Umsetzung der Maßnahmen koordinieren und vor allem jene im Bereich der öffentlichen Hand steuern. Die Tiroler Energiestrategie 2020 soll kein Lippenbekenntnis sein. Mit den Einsetzung eines Energiebeauftragten wird Sorge getragen, dass die formulierten Maßnahmen auch tatsächlich in die Tat umgesetzt werden. Nur so können wir unsere ambitionierten Ziele erreichen. ■

Gefällt Ihnen unsere Zeitschrift RO-Info? Was sollte geändert oder verbessert werden? Bitte füllen Sie den nachstehenden kleinen Fragebogen aus, kopieren Sie ihn und senden ihn uns zu. Alternativ können Sie denselben Fragebogen im Internet unter www.tirol.gv.at/raumordnung ausfüllen und übermitteln.

Themenwahl/Themenmischung:

Ist für mich in Ordnung
Dazu rege ich an:
.....
.....

Inhalt und Lesbarkeit der Beiträge:

Ist für mich in Ordnung
 Sollte verständlicher und/oder konkreter sein
Dazu rege ich an:
.....
.....

Layout und Gestaltung:

Ist für mich in Ordnung
Dazu rege ich an:
.....
.....

Ich gehöre folgender Zielgruppe an:

- Privaterson
- Unternehmen, Infrastrukturbetreiber
- Interessensvertretung, NGO
- GemeindevertreterIn (Politik und Verwaltung)
- Öffentlicher Sektor (Politik und Verwaltung)
- Regionalmanagement
- Wissenschaft und Planung
- Andere

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!
Die Redaktion

Amt der Tiroler Landesregierung
Abteilung Raumordnung Statistik
A-6020 Innsbruck, Heiligegeiststraße 7-9
Fax: +43 (0)512 508 3605
raumordnung.statistik@tirol.gv.at

Räumliche Aspekte der neuen Tiroler Energiepolitik

Martin Sailer

In der Tiroler Energiestrategie 2020 werden die Zielsetzungen der Tiroler Energiepolitik neu ausgerichtet. Diese Orientierung wird hier zur räumlichen Entwicklung unseres Landes in Bezug gesetzt.

Der Auftrag zur Erarbeitung eines Strategiepapiers als Grundlage für die Tiroler Energiepolitik und somit auch zur Fortschreibung des Energieleitbildes Tirol 2000 – 2020 geht auf den „Doppelbe-

schluss“ der Landesregierung vom August 2005 zurück. Dabei wurde zum einen der unter Koordination der Abteilung Raumordnung-Statistik erarbeitete „Synthesebereicht zu den Wasserkraft-Optionen der Tiroler Wasserkraft

AG“ zu Kenntnis genommen. Weiters wurde dem Amt der Landesregierung der Auftrag erteilt, zu grundlegenden energiepolitischen Fragen eine Darstellung des aktuellen Status und Überlegungen für weitere Maßnahmen vorzulegen.

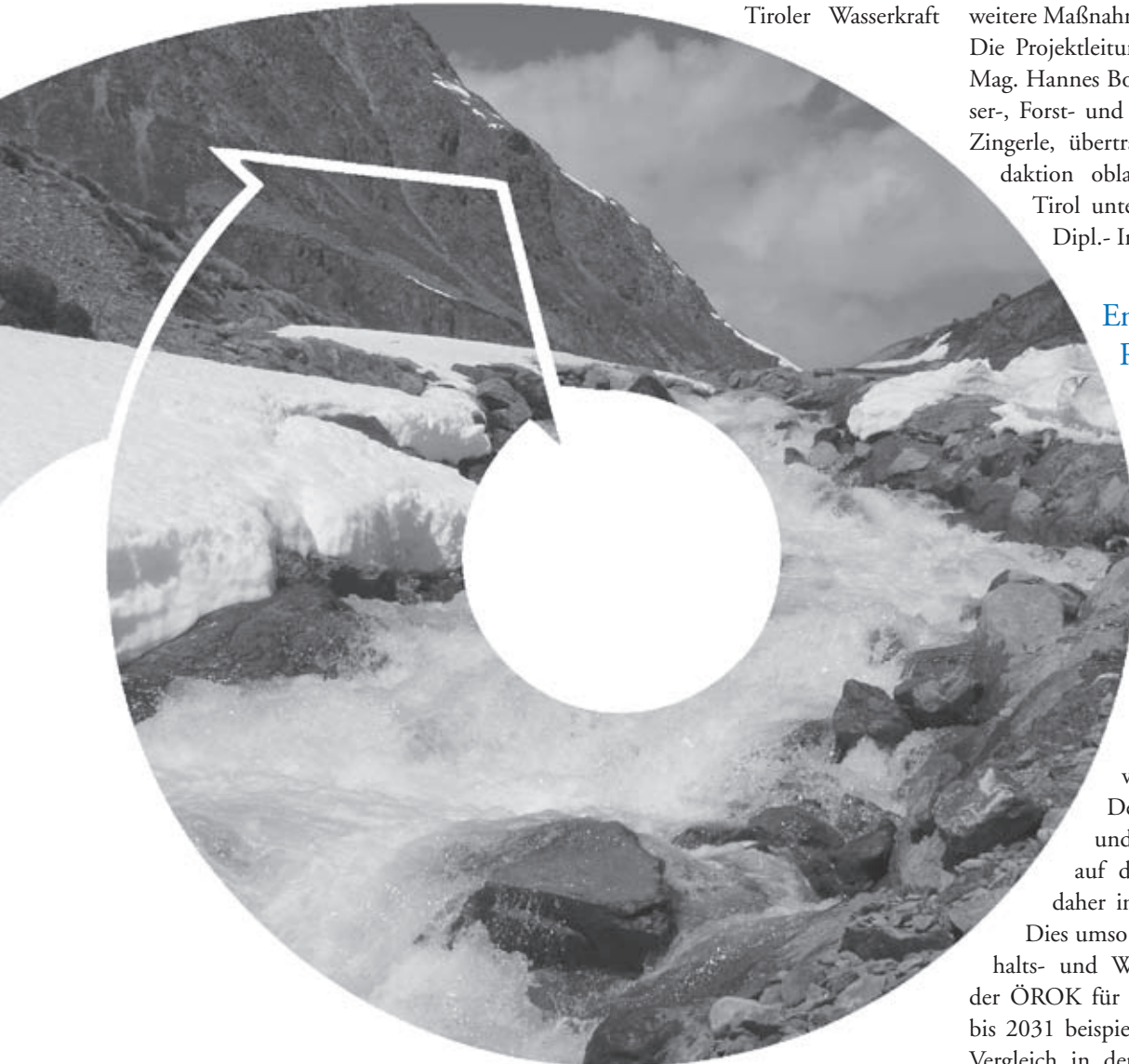
Die Projektleitung wurde von Landesrat Mag. Hannes Bodner der Abteilung Wasser-, Forst- und Energierecht, Dr. Georg Zingerle, übertragen. Die fachliche Redaktion oblag dem Verein Energie Tirol unter ihrem Geschäftsführer Dipl.- Ing. Bruno Oberhuber.

Energie und Raumentwicklung: vielfältige Zusammenhänge

Fast 40% des gesamten Endenergieverbrauchs in Tirol betreffen den Raumwärmebedarf von Gebäuden, wobei der Anteil der Wohngebäude bei etwa 25% liegen dürfte. Für den Verkehr wird ein Anteil von 34% ausgewiesen.

Der Einfluss von Raum- und Siedlungsstrukturen auf den Energieverbrauch ist daher in hohem Maße gegeben.

Dies umso mehr als nach der Haushalts- und Wohnungsbedarfsprognose der ÖROK für den Zeitraum von 2001 bis 2031 beispielsweise im bundesweiten Vergleich in den Bezirken Schwaz und





Imst die stärksten Zuwächse mit jeweils 38% zu erwarten sind, gefolgt vom Bezirk Innsbruck-Land mit 37%. Die „Energieverbrauchsbasis“ wächst als weiter, umso wichtiger sind Energiespar- und Effizienzstrategien insbesondere auch im Siedlungs- und Bauwesen.

Die gesicherte und kostengünstige Verfügbarkeit von Energie, und hier insbesondere von elektrischer Energie, war und ist ein wesentlicher Standortfaktor für den Wirtschaftsraum Tirol. Dies betrifft den industriell-gewerblichen Bereich ebenso wie in zunehmendem Maße den Tourismus und die Freizeitwirtschaft (z.B. Beschneiungsanlagen). In Bezug auf die räumlichen Wirkungen ist dabei relevant, dass der Nutzen insbesondere der großen Wasserkraftwerke im besonderen Maße den Verbrauchsschwerpunkten, also den Ballungsräumen und den wirtschaftlichen Zentren zu Gute kommt und sie daher nicht nur nach der Nutzenstiftung in der unmittelbaren Standortregion der Kraftwerksanlagen beurteilt werden dürfen. Jedoch ist die Optimierung der neu zu errichtenden Kraftwerksanlagen in Bezug auf die jeweiligen örtlichen und regionalen Erfordernisse im Rahmen eines Nachhaltigkeitsansatzes unverzichtbar.

Die Forcierung des Energiesparens, die Erhöhung der Energieeffizienz und der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energieträger bietet darüber hinaus Impulse für die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen und ist daher auch regionalwirtschaftlich relevant, da hier in besonderem Maße auch kleinere regionale Anbieter zum Zuge kommen können bzw. regionale und lokale Lösungen möglich sind.

Energieziele im ZukunftsRaum Tirol

Der Zielkatalog des Tiroler Raumordnungsgesetzes beinhaltet auch die „Sicherung der Energieversorgung, insbesondere die sparsame und zweckmäßige Verwendung von Energie“. Darauf gestützt wurde bereits 1978 der „Energiewirtschaftliche Problemkatalog Tirols“ als erster Ansatz eines umfassenden Energiekonzeptes unter der Federführung der damaligen Landesplanung erstellt. Auch bei der Erstellung der Folgekonzepte konnte die Raumordnung ihre Belange einbringen. Ebenso werden Aspekte der Raumordnung gutachterlich in Genehmigungsverfahren bei energiewirtschaftlichen Projekten geltend gemacht. Auf Grund der großen Bedeutung

des Energiethemas auch für die räumliche Entwicklung des Landes findet es auch im Raumordnungsplan „ZukunftsRaum Tirol“ die gebührende Beachtung.

In Bezug auf die Energieversorgung stehen dort folgende Erfordernisse und Zielsetzungen im Vordergrund:

- Die Tiroler Energiepolitik verfolgt einen gesamthaften Ansatz.
- Eine möglichst hohe Eigenerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern, insbesondere auch aus Wasserkraft ist sicherzustellen.
- Die Versorgungssicherheit ist durch Aufrechterhaltung des Landeseinflusses auf Erzeugungs- und Verteilungseinrichtungen sowie durch wirtschaftlich und technisch gesicherte Verbundsysteme zu gewährleisten.
- Das Energiesparen und die Erhöhung der Energieeffizienz sind weiter zu forcieren, wobei öffentliche Einrichtungen mit gutem Beispiel voranzugehen.
- Die Raumordnung beachtet verstärkt ihre Auswirkung auf die Energienutzung, insbesondere hinsichtlich der Auslösung von Verkehr.

Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz

Die „Bundesländer-Luftschadstoff-Inventur 1990-2004“, die 2006 erschienen ist, weist für Tirol einen Anstieg der Treibhausgasemissionen um 33% aus. Verkehr und Kleinverbraucher werden dabei als dominierende Verursacherektoren für die Entwicklung genannt. Mit einer Verdoppelung der Emissionen seit 1990 ist dabei im Verkehrssektor der größte Anstieg zu verzeichnen. Aber auch bei den Kleinverbrauchern wird ein Plus von 32% festgestellt. Effizienzmaßnahmen und der Ausbau erneuerbarer Energieträger tragen wesentlich zur Reduktion der regionalen und internationalen Schadstoffbelastung und zum Klimaschutz bei.

Förderung des Wirtschaftstandorts Tirol

Der Wertschöpfungsabfluss für den Import fossiler Energieträger liegt bei derzeitigen Preisen jährlich in der Größenordnung von 500 Mio. Euro. Durch Effizienzmaßnahmen wird die Wettbewerbsfähigkeit der Tiroler Wirtschaft gestärkt, gleichzeitig gelten neue Umwelttechnologien als interessanter Wachstumsmarkt.

Einsparung

Im Bereich Energieeffizienz strebt die Tiroler Energiestrategie bis 2020 auf Basis der EU-Effizienzrichtlinie zumindest eine jährliche Einsparung von 1% des durchschnittlichen Endenergiebedarfes der vergangenen fünf Jahre an. Dieser Wert ist als Durchschnitt über alle Verbrauchersektoren, das sind Haushalt, Dienstleistungen, Sachgütererzeugung, Verkehr zu verstehen.

Steigender Verbrauch und ...

Die Tiroler Energiestrategie 2020 berücksichtigt die Zielvorgaben des Zukunftsraums. In Bezug auf den weiteren Verbrauch geht sie vom sogenannten „Vorsorgsszenario EU-Energieeffizienz“ aus.

Dieses sieht nahezu eine Stabilisierung des Endenergiebedarfs auf 103% und eine forcierte Nutzung erneuerbarer Energieträger vor.

Umgelegt auf Tirol liegen diesem Szenario folgende Annahmen zugrunde:

- Ein forciertes Ausbauen der heimischen, erneuerbaren Ressourcen;
- Die mit Regierungsbeschluss vom 27. Juni 2006 auf Grundlage des bereits genannten „Synthesebericht über mögliche Standorte künftiger Wasserkraftnutzung“ ausgewählten Projekte mit einem Regelarbeitsvermögen von 1.100 GWh sind ausgebaut und zusätzliche Projekte in Ausmaß bis zu 200 GWh realisiert;
- Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energieträgern auf 56% (exklusive Verkehr): 33% aus Wasserkraft und 23% aus Biomasse, Solarenergie, Umweltwärme;
- maximale Steigerung der Energieholznutzung;
- Stabilisierung des Strombedarfs.

Insgesamt wurden keine drastischen Veränderungen der Energiepreisentwicklung mit gravierenden Auswirkungen auf den Mix der Energieträger angenommen. Es wird davon ausgegangen, dass sich die bestehenden Preise der Energieträger im Verhältnis zueinander nicht wesentlich verändern.

Grundsätzlich sind in Tirol die Potenziale vorhanden, einzelne Energiedienstleistungsbereiche wie beispielsweise Raumwärme langfristig vollständig mit erneuerbaren heimischen Energieträgern abzudecken. Die Verwirklichung wird aber in absehbarer Zeit noch davon abhängen, wie stark diese Bereiche subventioniert werden.

... sinkende Eigenversorgung

Der Endenergieverbrauch in Tirol wird zu fast 70% durch die fossilen Energieträger Erdöl und Erdgas gedeckt. Die Energieträger Biomasse/Holz, Solarenergie und Geothermie/Umweltwärme decken derzeit ca. 8% des Endenergieverbrauchs von Tirol ab. Der Anteil von Strom liegt bei 22%.

Im Jahre 2004 lag der Anteil elektrischer Energie am gesamten Endenergieverbrauch in Tirol bei etwa 24% (ohne Tanktourismus). Der überwiegende Teil, nämlich etwa 75% davon, wird durch heimische Wasserkraft aufgebracht. Einen verhältnismäßig geringen Beitrag von etwa 4% leisten bisher Blockheizkraftwerke auf Gasbasis, Biomasse-Heizkraftwerke, Biogasanlagen, Fotovoltaik, etc. Der Rest der benötigten elektrischen Energie wird von den Tiroler Stromversorgungsunternehmen am europäischen Strommarkt zugekauft. Ein großes Potenzial an Wärme- und elektrischer Energie würde auch bei einer Verbrennung des Tiroler Restmülls entstehen.

„Patentlösungen“ Energieeffizienz und Verdichtung ?

In Tirol wurde ein Drittel der Gebäude vor dem Jahre 1961 errichtet, ein weiteres Drittel im Zeitraum von 1961 bis 1980. Deren Effizienzstandard ist mit jenem von heute nicht vergleichbar.

Im Gebäudebereich sind die Reinvestitions- und Erneuerungszyklen im allgemeinen langfristig. Das bedeutet, dass die bau- und planungsrechtlichen Instrumente bereits heute das in die Wege leiten müssen, was allenfalls erst in einigen Jahrzehnten erreicht sein wird.

Der Zukunftsraum sieht als kurzfristig in Gang zu setzende Maßnahmen Raumordnungspläne zur Siedlungsentwicklung in Verdichtungsräumen vor, wodurch u.a. gute Erreichbarkeiten im Öffentlichen Verkehr zu erreichen sind. Die vorgesehene Baulandmobilisierung soll die Entwicklung kompakter Siedlungen unterstützen.

Entscheidende Vorteile, etwa durch Fernwärmenetze, sind ab Bevölkerungsdichten von 5.000 bis 10.000 Einwohnern je

Quadratkilometer zu erzielen. Schon bei Reihenhäusern, die ein hohes Maß von Privatheit einschließlich eigenem Grünbereich gewähren, sind bereits höhere Dichten zu erreichen und es ist trotzdem eine hohe Akzeptanz gegeben.

Siedlungsqualität „spart“ Verkehr und Energie

Eine Folge unserer „Auto-Mobilität“ sind die Ausdehnung der Siedlungsräume, die räumliche Funktionstrennung durch Erhöhung der Reichweiten sowie die Schwächung des nicht motorisierten und des öffentlichen Verkehrs.

Freilich dürfen gerade in Tirol, wo eine möglichst gleichwertige Entwicklung aller Landesteile seit jeher als Raumordnungsziel definiert wurde, auch die positiven Wirkungen nicht übersehen werden: Ohne den Ausbau einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur ist weder die touristische Entwicklung der Täler noch ein Zugang der dortigen Bevölkerung zu Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten vorstellbar.

Für die Zukunft braucht es aber – auch im Hinblick auf die Energie- und Umweltpolitik – einen stärkeren Schulterschluss zwischen Raum- und Verkehrsplanung und die Forcierung einer Raumordnung der kurzen Wege.

Der Zukunftsraum sieht daher insbesondere zur Verbesserung des Wohnumfeldes für die städtische Bevölkerung u.a. ein Maßnahmenpaket zur Bewusstseinsbildung hinsichtlich der gestalterischen Qualität der Siedlungen und eines attraktiven Wohnumfeldes vor. Weitere Maßnahmen sind die attraktive Gestaltung öffentlicher Räume innerhalb der Siedlungen und in deren Nahbereich, die Sicherung naturnaher Naherholungsmöglichkeiten und die Erhaltung urbaner Biotope.

Generell berücksichtigt die Raumordnung verstärkt die Verkehrswirkungen räumlicher Entwicklungen und zielt auf verkehrsdämpfende Raumstrukturen ab. Sie sorgt für die Entwicklung von Siedlungsstrukturen, die gut mit dem Öffentlichen Personennah- und -regionalverkehr erschlossen werden können und in den Ortskernen und Wohnzonen verkehrsbere-



ruhigende Maßnahmen begünstigen. Weiters stellt die Raumordnung sicher, dass in unvermeidbar verkehrsbelasteten Gebieten keine sensiblen Raumnutzungen (z. B. Wohnsiedlungen, Spiel- und Sportplätze) erfolgen.

Vor allem in den Verdichtungsräumen und in den Regionen mit intensivem Tourismus ist ein attraktives Angebot im Öffentlichen Personennah- und -regionalverkehr als Alternative zum motorisierten Individualverkehr auszubauen.

Bei wichtigen Standortentscheidungen und größeren Entwicklungsvorhaben (größere Siedlungserweiterungen, Gewerbegebiete, touristische Einrichtungen,...) sind die zu erwartenden verkehrlichen Wirkungen konsequent zu berücksichtigen. Für die Abwicklung des zu erwartenden Verkehrsaufkommens sind effiziente und möglichst umweltschonende Lösungen zu konzipieren, wobei ein hoher Anteil der Verkehrsmittel des „Umweltverbundes“ (Öffentlicher Verkehr, Fahrrad- und Fußverkehr) am Verkehrsaufkommen angestrebt werden muss.

Die Tiroler Energiestrategie 2020 finden Sie unter

<http://www.tirol.gv.at/themen/umwelt/wasser/wasserrecht/energierecht-start/>

Ausblick

Tirol hat beachtliche Potenziale bei den erneuerbaren Energieträgern aufzuweisen. Allen voran ist die Wasserkraft zu nennen. Bei der Biomasse kommt nur die Holznutzung in Frage, für einen flächigen Anbau von „Energiepflanzen“, etwa zur Treibstoffproduktion, fehlen die Flächen.

Geothermie und Photovoltaik sind Hoffnungsträger und förderungswürdig, die Gesteinskosten sind derzeit aber noch zu hoch.

Bei der thermischen Nutzung der Sonnenenergie ist Tirol „Tabellenführer“ in Österreich. Das ist ein starkes Indiz für das Problembewusstsein in der Bevölkerung, das auch auf andere Bereiche übertragbar sein sollte.

Wie die Raumordnung ist auch die Energie ein Querschnittsthema. Bund, Länder, Gemeinden und vor allem auch jeder Einzelne müssen im Rahmen ihrer institutionellen wie privaten Raum-, Verkehrs- und Energieplanung einen effizienten Energieeinsatz anstreben.

Die Raumordnung muss vor allem eine konzentrierte Entwicklung der Besiedlung anstreben, denn in der Siedlungsstruktur, in der Energieeffizienz der Gebäude sowie im Verkehrsaufkommen liegen große Effizienz- und Sparpotenziale.

Arbeitsschwerpunkte der ÖROK

Franz Rauter

Im Rahmen der Umsetzung des mehrjährigen Arbeitsprogramms der Österreichischen Raumordnungs Konferenz (ÖROK) sind bei allen Projekten gute Arbeitsfortschritte zu vermelden. Durch die Bank geht es dabei um Themenstellungen, die für ganz Österreich und darüber hinaus von Bedeutung sind.

Die gemeinsame Bearbeitung durch Bund, Länder, Gemeinden und Interessenvertretungen im Rahmen der ÖROK drängt sich daher geradezu auf. Es liegt allerdings an den ÖROK-Mitgliedern selbst, die

gewonnenen Erkenntnisse in ihrem eigenen Verantwortungsbereich auch tatsächlich zu nutzen. Aus Tiroler Sicht ergeben sich klare Synergien in Bezug auf die Umsetzung des Raumordnungsplans „ZukunftsRaum Tirol“.

Szenarien Österreich 2030

Seit gut einem Jahr wird mit breiter Beteiligung am Schlüsselprojekt „Szenarien der räumlichen/regionalen Entwicklung Österreichs 2030“ gearbeitet. So, wie beim ZukunftsRaum Tirol eine Betrachtung wichtiger Trends und die Entwicklung alternativer Szenarien der Landesentwicklung am Anfang stand, so geht es auch hier – auf einer wesentlich breiteren Basis und in einem umfassenden methodischen Ansatz – darum, Grundlagen für Strategien zur künftigen räumlichen/regionalen Entwicklung in Österreich zu erarbeiten. Das Ergebnis soll die Basis für die Erneuerung des Österreichischen Raumentwicklungskonzeptes bilden. Es wird aber auch ein Referenzdokument für die Evaluierung und Fortschreibung von entsprechenden Programmen der Länder sein.

In der ersten Projektphase haben ausgewählte ExpertInnen Einstiegs-Hypothesen über die Zukunft von neun raumrelevanten Themenfeldern erarbeitet. Es ging dabei um die Bevölkerungsentwicklung und um gesellschaftliche Trends, um politisch-institutionelle Rahmenbedingungen, um die Energieversorgung, um Wirtschaft, Tourismus und Land- und Forstwirtschaft sowie um Umweltthemen und um den Verkehr.



Diese Impulspapiere wurden in einer Reihe von Workshops von rund 200 ExpertInnen aus ganz Österreich breit diskutiert, weiter entwickelt und verdichtet. Als Zwischenergebnis entstanden vier Zukunftsszenarien, die in den nächsten Monaten in Bezug auf die räumlichen Konsequenzen konkretisiert werden. Der Entwurf sollte bis Ende Mai 2008 vorliegen und dann eingehend diskutiert werden. Der Abschluss des Projektes ist bis Ende 2008 vorgesehen. Die Dokumentationen zu den erwähnten Workshops sind auf der ÖROK-Internetseite abzurufen.



Europa-News zu Raum & Region

Wer in Fragen der Raumplanung und der räumlichen Entwicklung über den eigenen Horizont hinaus schauen und sich rasch einen Überblick über die europäische Dimension dieser Themen verschaffen möchte, der sollte gelegentlich in die Homepage der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) www.oerok.gv.at hineinschnuppern.

Seit einiger Zeit wird auf der Homepage der ÖROK in der Rubrik „Europa-News zu Raum & Region“ eine Fülle an aktuellen Informationen zu den Themenblöcken

- Regionen, Städte, ländlicher Raum
- Umwelt und nachhaltige Entwicklung
- Verkehr, Infrastruktur

angeboten. In jedem dieser Bereiche findet man Informationen zu Europäischen Programmen und politischen Aktivitäten der Europäischen Union, Hinweise zu Veranstaltungen sowie aktuelle Publikationen und Links. Die Aktualisierung erfolgt alle drei Monate.

Schlüsselprojekte

In Umsetzung des derzeitigen Österreichischen Raumentwicklungskonzeptes 2001 sind drei Projekte im Laufen, deren Themen auch für Tirol von größtem Interesse sind und von deren Ergebnissen wir uns daher auch Impulse für die eigene Arbeit erwarten.

Energie und Raumordnung

Im Projekt „Energie und Raumentwicklung“ wird den beiden folgenden Fragen auf den Grund gegangen:

- Wie groß sind die umsetzbaren Potenziale erneuerbarer Energie in Österreich bis zum Jahr 2020 und welchen Einfluss hat die Raumordnung auf die Umsetzung dieser Potenziale?
- Welche energie-, flächen- und kostensparenden Raumordnungsinstrumente gibt es international und in Österreich und welche können in Österreich in Hinkunft einen maßgeblichen Beitrag zur Entwicklung eines nachhaltigen Energiesystems leisten?

Auf Grund vielfältiger Aktivitäten im Energiebereich wird bei diesem Projekt besonders darauf geachtet, dass vorhandene und laufende Arbeiten berücksichtigt werden und keine Doppelgleisigkeiten passieren. Der Schwerpunkt liegt ganz klar bei den raumbezogenen Dimensionen dieses Themas und den diesbezüglichen raumplanerischen Handlungsmöglichkeiten. In diesem Sinne ist Tirol betreffend auch die Verknüpfung mit dem neuen Tiroler Energieleitbild gewährleistet bzw. sind ergänzende Impulse zu dessen Umsetzung auf raumplanerischer Ebene zu erwarten.

5. Tiroler Innovationstag



Am 5. November fand im Congress Innsbruck der 5. Tiroler Innovationstag statt. Zugleich feierte die Tiroler Zukunftsstiftung ihr 10-jähriges Bestehen. In der Standortstrategie Tirols spielt die weitere Forcierung von Forschung und Entwicklung, die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sowie die Erzeugung von Synergien durch die Entwicklung von Clustern eine ganz wesentliche Rolle. Die hieraus zu erwartenden Impulse für das ganze Land beinhalten zugleich auch Profilierungschancen für die einzelnen Regionen. Eine Fülle von ExpertInnen gab bei der Veranstaltung am 20.11.2007 konkrete Hinweise, wo die wichtigsten Potenziale für Innovationen zu finden sind.

Nähere Informationen finden Sie im Internet:

www.zukunftsstiftung.at/innovationstag

Stadtregionen

Das Projekt „Räumliche Entwicklung in österreichischen Stadtregionen: Handlungsoptionen und Steuerungsmöglichkeiten“ greift ein auch in Tirol höchst aktuelles Thema auf. Auch wenn keine Tiroler Stadtregionen als Beispielregionen untersucht werden, so sollten die zu erarbeitenden Empfehlungen doch auf andere Gebiete übertragbar sein. Insbesondere für die künftige Arbeit des Planungsverbandes Innsbruck und Umgebung, aber auch für den Umgang mit Stadt-Umland-Themen in den Bezirken wird dieses Projekt Basisinformationen und Anknüpfungspunkte für das konkrete Arbeiten bieten.

Ländlicher Raum

Ausgehend vom Vorprojekt „Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume“ (ÖROK-Schriftenreihe Nr. 171) wurde schließlich das Projekt „Ländliche und periphere Räume“ in Angriff genommen. Angesichts einer Vielzahl von Aktivitäten rund um das Thema „Ländlicher Raum“ geht es hier nicht darum, der Vielzahl von Studien eine neue hinzuzufügen. Vielmehr soll die Zusammenführung, Fokussierung und Kommunikation vorhandenen Wissens und praktischer Erfah-

rungen im Vordergrund stehen. Und dies auch nicht in der ganzen Breite des Themas, sondern mit einer Schwerpunktsetzung auf besonders drängende Fragen. Als solche wurden bisher z.B. identifiziert:

- Mechanismen und Modelle des interkommunalen und interregionalen Finanzausgleichs;
- Wissensmanagement im ländlichen Raum.

Die drei genannten Projekte werden mit Schwergewicht im Jahr 2008 bearbeitet. Über für Tirol besonders relevante Ergebnisse werden wir in RO-Info berichten.

Erreichbarkeitsanalyse

Die Erreichbarkeitsziffern sind ein Gradmesser für die Versorgungsqualität der Bevölkerung mit hochrangigen Einrichtungen und Dienstleistungen sowie für die Teilnahmemöglichkeiten an starken, differenzierten Arbeitsmärkten.

Ganz aktuell werden in der ÖROK-Schriftenreihe Nr. 174 die Ergebnisse der Erreichbarkeitsanalyse 2005 präsentiert. Es geht dabei um die Erreichbarkeit regionaler Zentren (z.B. Bezirkshauptorte) und überregionaler Zentren (z.B. Landeshauptstädte) im Individualverkehr und mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Dabei

erfolgt auch ein Vergleich mit 1997, als zuletzt eine derartige Studie erstellt wurde. Die Ergebnisse für Tirol spiegeln den Gebirgscharakter des Landes wider, der sich gleichermaßen als Vorteil wie auch als Nachteil erweist. Der Vorteil liegt – um das gleich vorweg zu nehmen – darin, dass sich die Siedlungen in hohem Maße auf die Talachsen konzentrieren, was die regionale Erschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln gegenüber flächenhaften Siedlungsräumen (wie etwa in großen Teilen Niederösterreichs und Oberösterreichs) erleichtert.

Regionale Zentren sind nach der Wohn-gemeinde die wichtigsten „Anlaufpunkte“ für Versorgung und Arbeitsmarkt. 93% der Tiroler Bevölkerung erreichen ihr jeweiliges regionales Zentrum im motorisierten Individualverkehr innerhalb von 30 Minuten. In ganz Österreich (aber ohne Wien – die großstädtischen Gegebenheiten sind mit den anderen Bundesländern nicht gut vergleichbar) sind es 97%. Insgesamt ist das ein hohes Niveau. Tendenziell wirkt sich die Gebirgigkeit offensichtlich nachteilig aus, weil die Bewohner von Talschluss- und Höhensiedlungen längere Fahrzeiten in Kauf nehmen müssen. **Mit öffentlichen Verkehrsmitteln** erreichen 70% der Tiroler Bevölkerung ihr regionales Zentrum (gegenüber 66% in Ös-

räumliche Einheit	Wohnbevölkerung insgesamt	Anteil der Wohnbevölkerung, der innerhalb von 30 bzw. 50 Minuten ein regionales bzw. überregionales Zentrum erreicht					
		MIV		ÖPNRV		Vergleich (Differenz)	
		reg. Zentrum in 30 min.	überreg. Zentrum in 50 min.	reg. Zentrum in 30 min.	überreg. Zentrum in 50 min.	reg. Zentrum in 30 min.	überreg. Zentrum in 50 min.
Burgenland	277.569	96%	77%	69%	41%	27%	36%
Kärnten	559.404	96%	89%	66%	57%	30%	32%
Niederösterreich	1.545.804	98%	87%	62%	56%	36%	31%
Oberösterreich	1.376.797	98%	91%	61%	52%	37%	39%
Salzburg	515.327	98%	74%	76%	54%	22%	20%
Steiermark	1.183.303	99%	80%	64%	42%	35%	38%
Tirol	673.504	93%	74%	70%	49%	23%	25%
Vorarlberg	351.095	97%	98%	79%	89%	18%	9%
Wien	1.550.123	100%	100%	99%	100%	1%	0%
Österreich GESAMT	8.032.926	98%	88%	72%	62%	26%	26%
Österreich (ohne Wien)	6.482.803	97%	85%	66%	53%	31%	32%

Erreichbarkeiten im MIV und ÖPNRV 2005 (regionale/überregionale Zentren in 30 bzw. 50 Minuten) Quelle: ÖROK

terreich ohne Wien) binnen 30 Minuten. Das überrascht positiv: Nach Vorarlberg und Salzburg weist Tirol hier mittlerweile den drittbesten Bundesländerwert auf. Die vielfältigen Bemühungen zur Stärkung des ÖPNRV tragen offensichtlich Früchte.

Bei der **Erreichbarkeit überregionaler Zentren** – im Falle Tirols der Landeshauptstadt Innsbruck – kommt die besondere Topografie Tirols voll zum Tragen: Vor allem durch die Ablegenheit der Bezirke Lienz und auch Reutte erreichen lediglich 74% der Tiroler Bevölkerung die Landeshauptstadt im Individualverkehr binnen 50 Minuten, mit öffentlichen Verkehrsmitteln sind es nur 49%. Für ganz Österreich (ohne Wien) lauten die entsprechenden Werte 85% bzw. 53%. Angesichts der Bedeutung der in Innsbruck befindlichen hochrangigen zentralörtlichen Einrichtungen und hochqualifizierten Arbeitsplätze als Impulsgeber für das ganze Land muss nach einer weiteren Verbesserung dieser Erreichbarkeit getrachtet werden. Zugleich ist es wichtig, dass insbesondere die Hauptorte der beiden peripheren Bezirke eine bestmögliche Ausstattung mit zentralörtlichen Einrichtungen und qualifizierten Arbeitsplätzen aufweisen. Auf Grund der Größe und Einzugsbereiche ist das in Lienz leichter zu realisieren als im Außerfern mit seinen geringen Bevölkerungszahlen.

Gegenüber 1997 haben sich die Erreichbarkeitsdaten verbessert. Für die nächsten Jahre kann man damit rechnen, dass sich die Erreichbarkeiten im motorisierten Individualverkehr auf hohem Niveau stabilisieren werden. In Bezug auf das Außerfern wird der Tschirgantunnel eine merkliche Verbesserung der Erreichbarkeit von Innsbruck bewirken. Auf Grund seit 2005 noch intensiver Aktivitäten zum Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes sind diesbezüglich weitere Verbesserungen insbesondere der regionalen Erreichbarkeitswerte zu erwarten.

www.oerok.gv.at
www.tirol.gv.at/raumordnung

Expertenkonferenz der Länder

Ende Oktober trafen sich die RaumplanungsreferentInnen auf Einladung der Verbindungsstelle der Bundesländer zur Expertenkonferenz der Länder am Grillhof in Vill bei Innsbruck.

Die Instrumente der Baulandmobilisierung und deren Wirksamkeit standen zu Beginn dieser regelmäßig stattfindenden Veranstaltung zur gemeinsamen Ausrichtung der Raumordnungspraxis zu Diskussion. Mit der beabsichtigten Einführung des elektronischen Flächenwidmungsplanes nimmt Tirol eine Pionierrolle hinsichtlich des Einsatzes von E-Government in der örtlichen Raumordnung ein. In gemeinsamer Entwicklung wollen die Länder Indikatoren für den Flächenverbrauch durch die Siedlungsentwicklung festlegen und in Zukunft auch darüber berichten. Die Notwendigkeit zur verbindlichen Freiraumplanung durch die Länder wurde neuerlich betont. Als eine von vielen aktuellen Herausforderungen in der Raumordnung wurde der planerische Umgang mit der starken Nachfrage nach Errichtung von Großformen zur Tourismusbeherbergung besprochen.

Planertagung 2007 "Hauptsache Gewerbegebiet"

Die auch in Tirol anhaltend aktuelle Frage der weiteren Entwicklung von Gewerbe- und Industriegebieten war Thema des von der Bundesfachgruppe Raumplanung, Landschaftsplanung und Geographie der Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten in Zusammenarbeit mit dem Land Salzburg im Oktober veranstalteten Planertages 2007 „Hauptsache Gewerbegebiet“. Schwerpunkte der Referate bei dieser gut besuchten Veranstaltung waren die gestalterische Aufwertung von Gewerbe- und Industriegebieten, vor allem durch eine verbesserte Freiraum- und Verkehrspla-

nung, sowie strategische Überlegungen in der Standortentwicklung und übergemeindliche Lösungen. Einen besonders mutigen Ansatz verfolgen die drei Pinzgauer Gemeinden Mittersill, Stuhlfelden und Hollersbach, welche die Kommunalsteuereinnahmen von allen neu geschaffenen Arbeitsplätzen aller Branchen untereinander nach einem festgelegten Schlüssel aufteilen.

Die Ergebnisse sind im Internet unter www.bsing.at (Rubrik *Veranstaltungen*) dokumentiert und werden vom Land Salzburg in der Schriftenreihe „Raumplanung Aktuell“ auch publiziert werden.

Fachtagung am 19. Februar 2008 in Chur

Zum Thema „**Potenzialarme Räume – Umgang mit ungenutzten Potenzialen**“ organisiert der Kanton Graubünden eine internationale Fachtagung am 19. Februar 2008 in Chur. Damit fördert die ARGE ALP den grenzüberschreitenden Erfahrungsaustausch zum Thema schwache und potenzialarme Räume. Sie wird sich konkret mit folgenden Fragestellungen beschäftigen:

- Wie gross sind die Überlebenschancen schwacher alpiner Räume angesichts von Globalisierung und internationalem Standortwettbewerb?
- Welche Förderansätze für schwache Räume erweisen sich in der Praxis als erfolgreich?
- Gibt es schwache Räume, deren allmähliche Entleerung von der Politik hingenommen oder sogar aktiv gefördert werden muss?

www.argealp.org



Masterplan Inn – Strategien zur künftigen Hochwasserprävention und zur Gewässerentwicklung

Hubert Steiner

Unter dem Eindruck der extremen Hochwasserereignisse in den letzten Jahren wurde erkannt, dass mit konventionellen Hochwasserschutzmaßnahmen entlang des Inn künftig nicht mehr das Auslangen zu finden sein wird.

Die Abteilung Wasserwirtschaft / Schutzwasserwirtschaft hat in diesem Wissen eine neue „Landeslinie“ zur Hochwasserprävention entwickelt. Darin werden nicht

nur Teilmaßnahmen betrachtet, sondern es wird Klarheit über das erforderliche „Gesamtpaket“ an zielorientierten Maßnahmen und deren Kommunikation nach außen geschaffen.

In dem unter diesen Vorgaben 2006 durchgeführten, extern begleiteten Diskussionsprozess, der auch der Vorbereitung der erforderlichen Kommunikationsmaßnahmen gedient hat, wurden intern alle fachlichen Aspekte und Meinungen grundsätzlich diskutiert und in weiterer Folge bewertet bzw. abgestimmt. Die dabei gefundene einheitliche, fachliche Linie soll eine tragfähige Grundlage für die weitere Vorgangsweise bilden.

Studien bilden Grundlage

Dieser Initiative stand bzw. steht die Erkenntnis gegenüber, dass entlang des Inn als Resultat der vielfältigen Nutzungen seines Talraumes heute nur noch geringe Reste der ursprünglichen Flusslandschaft übrig geblieben sind. Der entsprechend schlechte ökologische Zustand des Inn ist durch mehrere umfangreiche Studien dokumentiert.

Bereits 2005 wurde daher im gemeinsamen Auftrag von Land Tirol und WWF ein „Revitalisierungskonzept für den Inn“ erstellt, in dem das räumliche Potenzial für strukturverbessernde ökologische Maßnahmen entlang des Inn abgeschätzt wurde. Die Beurteilung dieser Räume erfolgte anhand



verschiedenster, auch schutzwasserbau-licher Kriterien und Nutzeffekte, aus der – allerdings ohne Berücksichtigung aller sonstigen Interessen – eine Rangfolge in Frage kommender konkreter Maßnahmen hinsichtlich ihrer Effektivität resultierte. Die wegen der fehlenden Detaillierung nicht unmittelbar umsetzbare Studie war bzw. ist als Vorstufe eines „Gewässerbe- treuungskonzeptes“ zu sehen, wie es für mehrere größere Fließgewässer Tirols (Isel, Drau, Schwarzach) bereits erarbeitet wor- den ist.

Das Revitalisierungskonzept kann al- lerdings eine Richtschnur für künftige gestalterisch-technische Maßnahmen am Inn im Rahmen der Gewässerpflege und –erhaltung bilden und außerdem Anstöße geben sowohl für strukturelle Maßnahmen als auch für Maßnahmen an Seitengewäs- sern außerhalb des schutzwasserbaulichen Rahmens.

Prozess der Ausarbeitung

Im geschilderten Spannungsfeld zwischen notwendiger Hochwasserprävention und angestrebter Revitalisierung des Inn war es in weiterer Folge erforderlich, eine Stra- tegie zur ausgewogenen Berücksichtigung beider Aspekte zu entwickeln. Es wurde daher unter einem von politischer Seite im Herbst 2006 erteilten klaren Projektauf- trag der „Masterplan Inn“ zur Hochwas- serprävention und Gewässerentwicklung erstellt.

Dieses Konzept wurde nach mehrmaliger Abstimmung mit den Abteilungen Was- serwirtschaft, Umweltschutz sowie Raum- ordnung-Statistik einerseits und ander- seits mit den Büros von Landesrätin Dr. Anna Hosp und Landesrat Mag. Johannes Bodner, dem BMLFUW sowie dem WWF am 09.10.2007 von der Tiroler Landesre- gierung angenommen und beschlossen.

Der „Masterplan Inn“ ist zunächst geglie- dert in die Darstellung der Ausgangslage, die Wiedergabe des Projektauftrages so- wie die Definition der Grundprinzipien und strategischen Projektziele, um sich anschließend ausführlich den operativen Zielen und Instrumenten einerseits der Schutzwasserwirtschaft und andererseits der Revitalisierung zu widmen.



Ziele und Instrumente

Die sich weitgehend mit dem Ergebnis des oben genannten Diskussionspro- zesses deckenden Ziele und Instrumente der Schutzwasserwirtschaft beruhen auf dem Grundprinzip der Minimierung der Hochwasserschäden. Dieses Ziel kann durch einen umfassenden Hochwasser- schutz auf der Grundlage einer überregio- nalen, gesamthaften Betrachtung aller maßgebenden Einflussfaktoren bzw. Ein- flussmöglichkeiten sowie einer geordneten Raumnutzung unter steter Wahrnehmung der Verantwortung für die betroffenen Unterlieger erreicht werden. Die kon- kreten Maßnahmen reichen vom gezielten Hochwasserrückhalt (Schaffung von Re- tentionsräumen auch in Tallagen) über Aufweitungen des Flussbettes und die ge- zielte Hochwasserwarnung bis zur schutz- wasserwirtschaftlich orientierten Flächen- widmung.

Die Ziele und Instrumente der Revitali- sierung beruhen auf dem Grundprinzip der Wiederherstellung eines ökologisch „funktionsfähigen“ und „wertvollen“ Zu- standes des Gewässers, seiner Ufer und seines Umlandes. Dabei muss die vorhan- dene oder auszubauende Erholungs- und Erlebnisfunktion des gesamten Gewäs- serraumes sowie die ökologische Verbes- serung der Anbindung seiner Zubringer Beachtung finden. Die konkreten Maß-

nahmen reichen von ökologisch verträg- lichen bzw. zustandsverbessernden Hoch- wasserschutzprojekten über die verbesserte Anbindung von Seitengewässern und die Setzung von Ausgleichsmaßnahmen bis zu Maßnahmen zur Gewährleistung des Ar- tenschutzes.

Projektorganisation und Beginn der Umsetzung

Schließlich enthält der „Masterplan Inn“ noch die Darstellung der erforderlichen Projektorganisation sowie insbesondere auch einen Katalog von konkret im Zeit- raum 2008 bis 2010 möglichen Projekten, zu deren Umsetzung ab sofort intensiv hingearbeitet werden soll. Die Kosten für die Projektumsetzungen sind, soweit Bundesmittel hierfür nicht zur Verfügung stehen, aus den genannten Sachbudgets abzudecken.

Der Spatenstich für das erste konkrete Projekt der Gewässerentwicklung (Re- aktivierung eines Seitenarmes des Inn in Kundl/ Radfeld) ist nach erfolgreicher Klärung der Finanzierungsmodalitäten unter Teilnahme von Landesrätin Dr. An- na Hosp, Landesrat Mag. Johannes Bod- ner, des BMLFUW sowie des WWF am 14.11.2007 erfolgt. ■

<http://www.tirol.gv.at/themen/umwelt/wasser/>

Programme zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit – INTERREG IV A

Sigrid Hilger, Christian Stampfer

Die neuen Programme weisen einige programmübergreifende Neuerungen für die Strukturfondsperiode 2007-2013 auf. Zudem werden die programmspezifischen Besonderheiten dargestellt.

Die Neuerungen bei INTERREG IV A

Das LEAD-Partner-Prinzip

In der ablaufenden Strukturfondsperiode waren die Projekte zwar grenzüberschreitend angelegt, trotzdem reichte jeder Part-

ner bei seiner Verwaltung einen eigenen Antrag ein und die Abwicklung dieser sogenannten Spiegelprojekte erfolgte meist deutlich getrennt.

In Zukunft einigen sich die Projektpartner auf einen LEAD-Partner, der

folgende Aufgaben wahrnimmt:

- Verantwortlichkeit für die Projektdurchführung und Hauptansprechpartner für die Verwaltungsbehörde;
- Weiterleitung der Informationen an die Partner;
- Durchführung der Abrechnung;
- Weiterleitung der Fördermittel an die Partner;
- Informationsdrehscheibe.

Partnerschaftsvertrag

Bedingt durch das oben dargestellte LEAD-Partner-Prinzip wird nun auch zwischen den Projektpartnern eine Vereinbarung getroffen, um die Beziehungen der Partner und auch deren Verantwortlichkeiten zu regeln. Immerhin trägt der LEAD-Partner nun die Hauptverantwortung gegenüber der Verwaltungsbehörde und muss auch mit der Partnern klare Zuständigkeiten festlegen.

In beiden grenzübergreifenden Interreg-Programmen werden die Entwürfe zu diesem Partnerschaftsvertrag bereitgestellt.

EFRE-Fördervertrag

Während bisher die Fördervereinbarungen die EU-Mittel und die nationalen Mittel umfasst haben, werden nun die EU-Mittel direkt von der Verwaltungsbehörde (in Zusammenarbeit mit den Regionalen Koordinierungsstellen) zugesagt. Der EFRE-Fördervertrag wird zwischen LEAD-Partner und der jeweiligen Verwaltungsbehörde geschlossen. Die Zusagen der nationalen Fördermittel erfolgt getrennt.

Die Programme im Einzelnen

INTERREG-Programm Bayern – Österreich 2007 - 2013

Unter großer Beteiligung fand in Linz, dem Standort der Verwaltungsbehörde (Amt der oberösterreichischen Landesregierung) bereits im Oktober 2007 die Auftaktveranstaltung für die neue Programmperiode statt. Ca. 200 Teilnehmer interessierten sich für die Darstellungen guter Projekte der ablaufenden und die Neuerungen für die kommende Periode. Gleichzeitig war diese Veranstaltung der Startschuss für die Einreichung von Projekten, die im ersten Begleitausschuss am 29.01.2008 bewilligt werden können.

Hervorgerufen durch das neue LEAD-Partner-Prinzip wurde auch die **Projekt-einreichung** geändert:

- Die Projektidee wird nun direkt auf der Homepage eingegeben und an die regionale Koordinierungsstelle des LEAD-Partners geschickt.
- Falls die Idee als grundsätzlich förderwürdig eingeschätzt wird, erfolgt die Übermittlung eines Zugangscodes für den Antrag, der digital bearbeitet und nach Fertigstellung hochgeladen wird. Er wird somit digital an das Programmsekretariat (GTS) und an die regionale Verwaltung übermittelt.
- Das unterfertigte Formular wird mit einigen Beilagen (nationale Kofinanzierung, Entwurf des Partnerschaftsvertrages ua.) wie bisher bei der Regionalen Koordinierungsstelle eingereicht. Zur Erlangung einer zusätzlichen nat-

Einreichung und Genehmigung

Die Antragseinreichung erfolgt nicht mehr wie bisher (allein) in Tirol oder in den anderen beteiligten Regionen und unterscheidet sich zwischen den beiden Interreg-IVA-Programmen (siehe unten). Die Entscheidungen über die Bewilligung von Projekten erfolgt in beiden Programmen im Begleit- bzw. Lenkungsausschuss, der mit Vertretern aller programm-beteiligten Regionen besetzt ist.

ionalen Kofinanzierung sollte man möglichst frühzeitig mit der Abteilung Raumordnung – Statistik Kontakt aufnehmen. Für die **Projektentscheidung** werden folgende Kriterien maßgeblich sein:

- Qualität des Projektinhaltes;
- Qualität der grenzüberschreitenden Partnerschaft. Hier gelten die vier Kriterien gemeinsame Ausarbeitung/ gemeinsame Durchführung / gemeinsames Personal / gemeinsame Finanzierung;
- Kohärenz des Projekts mit den Strategien, Zielen und Maßnahmen des Programms sowie die Relation der Kosten des Projekts in Bezug auf den Beitrag zur Erreichung der Programmziele;
- Nachhaltigkeit des Projekts bzw. der grenzüberschreitenden Partnerschaft.

Für alle interessierten Projektakteure ist eine weitere Informationsveranstaltung geplant. Diese wird voraussichtlich in Kempten/Allgäu Ende Februar 2008 stattfinden. Informationen und Einladung finden Sie auf der Programm-Homepage

www.interreg-bayaut.net.

Dort sind auch alle weiteren, stets aktuellen Informationen zu finden.

Ansprechpartner:

Regionale Koordinierungsstelle Tirol
Amt der Tiroler Landesregierung
Abteilung Raumordnung – Statistik
Mag. Sigrid Hilger
Heiliggeiststrasse 7-9
A – 6020 Innsbruck
Tel: +43-512-508-3632
E-Mail: sigrid.hilger@tirol.gv.at

INTERREG-Programm Österreich – Italien 2007 - 2013

Für die neue Förderperiode konnten die Abwicklungsprozeduren zwischen Österreich und Italien stark aneinander angenähert werden. Das bedeutet, dass nunmehr Projektanträge auf Basis einer gemeinsamen grenzüberschreitend durchgeführten Ausschreibung eingereicht werden können.

Die Modalitäten der Ausschreibung und die Kriterien für die Projektauswahl werden im Programm – Begleitausschuss beschlossen. Der Begleitausschuss wird diese Entscheidungen voraussichtlich im Jänner 2008 treffen.

Danach sollte für Projektträger die Möglichkeit bestehen, ihre Projekte bis Ende März bzw. bis Ende Mai 2008 beim Programmsekretariat in Bozen einzureichen. Dies erfolgt einerseits online über die Programmwebseite und andererseits ist der Antrag von allen Projektpartnern gemeinsam mit dem Partnerschaftsvertrag unterfertigt zu übermitteln. In Österreich muss zusätzlich zur **Projekteinreichung** vom Projektträger auch die jeweilige Entscheidung betreffend die nationale Kofinanzierung erwirkt werden. Betreffend die Abklärung der nationalen Kofinanzierung wird daher den Projektträgern empfohlen, möglichst frühzeitig mit der Abteilung Raumordnung – Statistik Kontakt aufzunehmen.

Der Ablauf der **Projektgenehmigung** im INTERREG – Programm Österreich – Italien ist wie folgt:

- Einreichung des Projektantrags durch den LEAD – Partner beim Programmsekretariat in Bozen;
- Entscheidung in Österreich bezüglich der nationalen Kofinanzierung auf jeweiliger Landesebene. Die positive nationale Kofinanzierungsentscheidung ist Voraussetzung für eine positive Entscheidung durch den INTERREG – Lenkungsausschuss;
- Definitive Projektentscheidung durch den INTERREG – Lenkungsausschuss.

Die ersten Projektentscheidungen durch den INTERREG – Lenkungsausschuss

INTERREG IV B – Alpenraumprogramm – Alpine Space Programme

Der Alpenbogen mit seinen 70 Mio. Einwohnern, einer Fläche von 450.000km² und Schnittpunkt verschiedener Kulturen ist ein aktiver und attraktiver Wirtschafts- und Lebensraum. Wie schon in der vorhergehenden Strukturfondsperiode beteiligen sich alle Länder des Alpenbogens an dieser Initiative, die Länder Schweiz und Liechtenstein partizipieren mit rein nationalen Mitteln. Das Programm wurde bereits im September 2007 bewilligt und startet daher als erstes transnationales Programm in Europa. Es weist ein Gesamtvolumen von 130 Mio. Euro auf. Die Kofinanzierungsrate beträgt bis zu 76%. Auch in diesem Programm gilt als eine der wesentlichsten Änderungen die Forcierung eines strategischen Ansatzes. Das übergeordnete Ziel des Alpenraumprogramms 2007-2013 lautet daher: „Das Alpenraumprogramm zielt darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Kooperationsgebietes durch gemeinsame Aktivitäten in jenen Bereichen zu steigern, in denen transnationale Kooperationen für nachhaltige Lösungen erforderlich sind.“ Das Programm fördert daher keine Projekte, die auch durch regionale Förderprogramme umgesetzt werden können. Es werden zudem auch keine Projekte unterstützt, die Themen bearbeiten, die nur für eine oder wenige Regionen relevant sind.

Folgende Programmziele wurden definiert:

- Stimulierung von Innovation, Unternehmertum sowie Stärkung von Forschung und Innovationskapazitäten bei KMUs;
- Förderung einer ausgeglichenen Raumentwicklung, um den Alpenraum zu einem attraktiven Lebens-, Arbeits- und Investitionsraum zu entwickeln;
- Verbesserung des Zugangs zum Alpenraum sowie das Management der ökonomischen und ökologischen Auswirkungen von Verkehrssystemen;
- Verbesserung des Zugangs zu Dienstleistungen und Erhöhung der Erschließungsqualität innerhalb des Alpenraumes;

- Schutz, Management und Nutzung der natürlichen und kulturellen Potenziale für eine nachhaltige Entwicklung;
- Verhinderung, Abmilderung und Management von Naturrisiken und technologischen Gefahren – insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen des Klimawandels.

Aus diesen Zielformulierungen heraus wurden die drei Prioritäten des Programms entwickelt:

- P1: Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Alpenraums;
P2: Räumlicher Zugang und Vernetzung;
P3: Umwelt und Risikoprävention.

Eine Projektpartnerschaft sollte aus mindestens drei Partnern aus verschiedenen Regionen bestehen. Relevante Akteure aus den jeweiligen Arbeitsfeldern sollten eingebunden sein.

Durch die positiven Erfahrungen wurde das zweistufige Antragsverfahren beibehalten und fix im Programm implementiert. In einem ersten Call, der am 3.12.2007 startete und acht Wochen lang geöffnet bleibt kann man eine sog. Interessensbekundung (Expression of Interest – EoI) abgeben. Es werden Projekte für alle drei Prioritätsbereiche zugelassen, in späteren Calls wird es möglicherweise zu einer thematischen Einschränkung kommen. Nach einer Vorselektion werden dann ausgewählte Projekte aufgerufen, ihre umfassenden Anträge einzureichen. Die ersten Projekte werden voraussichtlich Mitte 2008 starten können.

Auskünfte und Hilfestellungen bei der Antragstellung (technischer Support) bietet das Technische Sekretariat (JTS) in Rosenheim: jts@rosenheim.de

Die Webseite des Programms findet sich unter der neuen Adresse

www.alpine-space.eu

Tirol stellt in dem Programm die Ländervertretung:

Abteilung Raumordnung – Statistik
Mag. Sigrid Hilger
Tel: +43-512-508-3632
E-Mail: sigrid.hilger@tirol.gv.at

werden für Mai 2008 (Einreichfrist Ende März) bzw. Juli 2008 (Einreichfrist Ende Mai) erwartet. Die wesentlichen Elemente der Projektentscheidung entsprechen den Kriterien, die weiter oben bereits für das Programm Bayern / Österreich genannt wurden.

Seitens der Verwaltungsbehörde des Programms (Amt für Europäische Integration der Autonomen Provinz Bozen) ist für alle interessierte Projektakteure eine Auftaktveranstaltung Anfang Jänner 2008 geplant. Die diesbezügliche Einladung wird auf der Programm – Webseite (www.interreg.net) rechtzeitig veröffentlicht werden. ■

Ansprechpartner:

Verwaltungsbehörde bzw. Programmsekretariat

Autonome Provinz Bozen

Amt für Europäische Integration

Dr. Wolfgang Bauer (Verwaltungsbehörde)

Dr. Peter Gamper (Leitung Programmsekretariat)

Gerbergasse 69; I – 39100 Bozen

Tel: +39-0471-413160

E-Mail: wolfgang.bauer@provinz.bz.it

oder peter.gamper@provinz.bz.it

Regionale Koordinierungsstelle Tirol

Amt der Tiroler Landesregierung

Abteilung Raumordnung – Statistik

DI Christian Stampfer

Heiligegeiststrasse 7 – 9

A – 6020 Innsbruck

Tel: +43-512-508-3633

E-Mail: christian.stampfer@tirol.gv.at

www.interreg.net

Tourismusentwicklung in der Sommersaison 2007

Touristischer Aufschwung in der Sommersaison 2007 nach drei negativen Saisonen

In der abgelaufenen Sommersaison 2007 wurden in Tirol insgesamt 3,98 Mio. Gäste und 17,45 Mio. Übernachtungen registriert. Dies bedeutet gegenüber der Vorsaison eine Zunahme von rund 550.000 Übernachtungen oder 3,3%. Die Zahl der Gäste stieg im gleichen Zeitraum um rund 182.000 bzw. 4,8%. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist auf den bisherigen Tiefstwert von 4,4 Tagen gesunken. (Sommer 1997 5,0 Tage; Sommer 1987 5,4 Tage)

Mehr Gäste, mehr Nächtigungen

Im Gegensatz zum Vorsommer schlug sich die günstige Konjunktorentwicklung in Deutschland und vielen anderen Herkunftsländern diesmal auch zahlenmäßig nieder. Das frühlommerliche Wetter in der Vorsaison gab der Reiselust rechtzeitig den notwendigen Schwung. Mit Ausnahme vom September wurden in allen Sommermonaten Nächtigungszuwächse registriert. Die Zahl der ausländischen Gäste stieg gegenüber der Vorsaison um rund 145.000 bzw. +4,5%, die Übernachtungen nahmen um 447.000 bzw. +3,0% zu. Verbessert wurde das Saisonergebnis durch die überdurchschnittliche Zunahme von inländischen Gästen (+37.000 bzw. +6,5%) und Nächtigungen (+103.000 bzw. +5,9).

Trend zu kürzerer Aufenthaltsdauer hält an

Zuwächse bei Gästen und Nächtigungen waren im gesamten gewerblichen Bereich zu verzeichnen. Die Nachfrage nach 5/4-Stern-Hotels (Gäste +7,6%, Nächtigungen +6,4%) fiel aber außerordentlich hoch aus, und auch die gewerblichen Ferienwohnungen (Gäste +7,2%, Nächtigungen +6,2%) konnten prozentuell in gleicher Höhe profitieren. In den 3-Stern-Unter-

künften stiegen die Übernachtungen um +1,9% in 2/1-Stern-Betrieben um +2,9%. Höhere Frequenzen registrierten auch die privaten Ferienwohnungen (Gäste +3,4%, Nächtigungen +1,0%), wobei Unterkünfte auf Bauernhöfen stärker nachgefragt wurden (Gäste +7,5%, Nächtigungen +3,2%). Rückgänge meldeten die Privatquartiere (Gäste -1,2%, Nächtigungen -5,2 %). 73,3% der Übernachtungen entfielen auf die gewerblichen Unterkünfte, darunter 35,5% auf 5/4-Stern-Hotels. 11,5% der Nächtigungen wurden in privaten Ferienwohnungen, 6,7% in Privatquartieren und 8,5% in sonstigen Unterkünften getätigt.

Umsätze deutlich gestiegen

Das Tiroler Tourismusbarometer weist für die Sommersaison 2007 Umsätze für Übernachtung und Frühstück in der Höhe von 669,56 Mio. Euro auf, was einer Steigerung von +6,7% entspricht. Vergleichsweise wurde im Winter 2006/2007 ein

Umsatz von 1.229,14 Mio. Euro erzielt. Die Preise für Übernachtung/Frühstück wurden gegenüber dem Sommer 2006 um durchschnittlich 2,2% angehoben. Die Umsatzentwicklung des Sommers 2007 stützt sich vor allem auf die außerordentlich guten Betriebsergebnisse der gehobenen Hotellerie von durchschnittlich +8,1%. Ausschlaggebend dafür war wiederum die gestiegene Nachfrage nach 5/4-Stern-Hotels (+6,4%) gegenüber einer gesamten Nächtigungszunahme von +3,3% kombiniert mit einer Preissteigerung von +1,8%. Die Bedeutung der 5/4-Stern-Betriebe wird insbesondere aus der Tatsache ersichtlich, dass den 35,5% der Nächtigungen, die auf die gehobene Kategorie entfallen, 59,7% der Umsätze zuzuschreiben sind. Die 5/4-Stern-Betriebe konnten ihren Marktanteil bei den Übernachtungen um 1,1 Prozentpunkte, bei den Umsätzen um 0,8 Prozentpunkte ausweiten. ■

www.tirol.gv.at/statistik

ÜBERNÄCHTUNGEN NACH UNTERKUNFTSARTEN SOMMER 2007				
Unterkunftsart	Übernachtungen	Veränderung		Anteil
	abs	abs.	%	%
GEWERBLICHE BETRIEBE	12.783.229	552.625	4,5	73,3
Kategorie 5/4-Stern	6.184.829	373.993	6,4	35,5
Kategorie 3-Stern	3.809.835	72.140	1,9	21,8
Kategorie 2/1-Stern	1.854.229	52.033	2,9	10,6
Gewerbliche Ferienwohnungen	934.336	54.459	6,2	5,4
PRIVATQUARTIERE	1.172.379	-63.941	-5,2	6,7
PrivatQ. nicht auf Bauernhof	831.829	-45.016	-5,1	4,8
PrivatQ. auf Bauernhof	340.550	-18.925	-5,3	2,0
PRIV. FERIEWOHNUNGEN	2.005.656	20.337	1,0	11,5
Ferienwohnungen n. Bauernhof	1.636.767	8.839	0,5	9,4
Ferienwohnungen auf Bauernhof	368.889	11.498	3,2	2,1
ÜBRIGE UNTERKÜNFTE	1.484.371	41.438	2,9	8,5
Campingplätze	927.402	19.696	2,2	5,3
Priv. u. öff. Kurheime	34.035	3.185	10,3	0,2
Kindererholungsheime	55.114	-4.975	-8,3	0,3
Jugendherbergen	68.264	8.684	14,6	0,4
Schutzhütten	195.885	-4.141	-2,1	1,1
Sonstige Unterkünfte	203.671	18.989	10,3	1,2
INSGESAMT	17.445.635	550.459,00	3,3	100,0

Die LEADER – Bewerbungen in Tirol

Christian Stampfer

LEADER wurde im Zuge der Programmperiode 2007 – 2013 als eine von vier Achsen in das „Österreichische Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums“ aufgenommen. Damit wurde LEADER als horizontale Maßnahme im Bereich der ländlichen Entwicklung integriert und auf eine breite Basis gestellt.

In Tirol bildet die LEADER-Methode eine wesentliche Basis für die Neuausrichtung des Regionalmanagements. Somit konnte österreichweit in Tirol als einziges Bundesland LEADER und das Regionalmanagement vereinheitlicht werden. Die folgenden sieben wesentlichen operationellen Grundprinzipien von LEADER bleiben dabei weiterhin unverändert

bestehen:

- **Gebietsbezogener Ansatz** in Form einer homogenen, zusammenhängenden LEADER – Region basierend auf den Planungsverbänden bzw. den Bezirksstrukturen;
- **Bottom-up Ansatz** mit verantwortlicher Projektmitentscheidung durch die LEADER – Region;
- **Breit getragene lokale öffentlich – private Partnerschaft** mit zumindest 50% „nicht – öffentlicher“ Beteiligung am regionalen Entscheidungsprozess;
- **Multisektorale und integrierte Projektentwicklung und Projektumsetzung**;
- **Innovation** und damit Mut in den Regionen für Neuerungen;
- **Kooperation** mit anderen LEADER-Regionen innerhalb Österreichs und europaweit (dadurch ergeben sich auch wesentliche Querbezüge zu den INTERREG – Programmen);
- **Vernetzung und Erfahrungsaustausch** koordiniert durch ein europaweites und österreichweites Netzwerk.

Diese sieben Grundprinzipien sollen auf allen Ebenen der lokalen Partnerschaft umgesetzt werden. Die Unterstützung der Umsetzung durch die LEADER-Region wird auch von den Verwaltungsstellen eingefordert.



Regionale Entwicklungsstrategien

Seit Herbst 2006 wurde auf regionaler Ebene die jeweilige lokale Entwicklungsstrategie erarbeitet. Dieser Prozess erfolgte auf Basis einer breiten Einbindung der regionalen Akteure im Zuge von Arbeitsgruppen und Regionskonferenzen. Die Ziele der lokalen Entwicklungsstrategien orientierten sich an den angeführten sieben Grundprinzipien sowie unter anderem auch am „Konzept zur Weiterentwicklung der Regionalmanagement – Strukturen in Tirol“ sowie dem „Zukunftsraum Tirol“, der Tiroler Strategie betreffend Landesentwicklung. Somit stellen die jeweiligen lokalen Entwicklungsstrategien auch eine ergänzende bzw. regional erweiterte Strategie der Landesstrategie dar.

Auf Basis der jeweiligen lokalen Strategie leitete jede Region ihre Aktionsfelder ab. Die Aktionsfelder stellen jene Bereiche dar, in den zukünftig über LEADER Projekte umgesetzt und gefördert werden können. Dabei wird sowohl bei der Projektentwicklung als auch bei der Projektumsetzung laufend die Kohärenz mit der Strategie überprüft werden. Unterstützend dafür wird tirolweit ein einheitliches Qualitätssicherungssystem eingeführt. Zielsetzung ist es, durch die professionelle Beratung durch das LEADER-Management in den einzelnen Projekten eine möglichst positive und nachhaltige Wirkung zu gewährleisten. Damit soll auch sicher gestellt werden, dass die in der jeweiligen lokalen Entwicklungsstrategie angestrebten Resultate bis zum Jahr 2013 erreicht werden.

Im Zuge des Erarbeitungsprozesses erfolgte auch verstärkt eine Vernetzung der Regionen innerhalb Tirols. Es wurde aber auch Kontakt zu unmittelbar angrenzenden Partnerregionen in Bayern, Südtirol und vor allem Belluno aufgenommen. Andererseits wurden die Tiroler Erfahrungen auch an sich neu bewerbende Regionen in der Slowakei, Bulgarien und Tschechien weitergegeben. Diese Vernetzungsaktivitäten bilden nun eine wesentliche Basis für zukünftige gemeinsame Kooperationsprojekte mit diesen Regionen.

LEADER Region Außerfern bei Konferenz in Portugal

Am 23. und 24. November 2007 fand die europaweite Abschlussveranstaltung von LEADER + in Evora in Portugal statt. An der von der europäischen LEADER-Netzwerkstelle und der Europäischen Kommission organisierten Konferenz nahmen über 400 Personen aus allen 27 Mitgliedstaaten teil. Zielsetzung war es, anhand von 16 erfolgreichen Beispielen, die Umsetzung von LEADER+ zu dokumentieren. Die wesentlichen Ergebnisse wurden als Schlussfolgerungen zur Weiterentwicklung von LEADER den TeilnehmerInnen und den VertreterInnen der europäischen Kommission präsentiert. Österreich wurde bei dieser Konferenz durch die LEADER-Region „Regionalentwicklung Außerfern“ vertreten. Die Region hatte dabei die Gelegenheit, im Zuge einer zweistündigen „Mini – Plenarsitzung“ ihr Modell einer erfolgreichen Regionalentwicklung vorzustellen. Einerseits konnte ein Auszug über

die Projektarbeit gegeben werden. Als Musterprojekte wurden u. a. die Projekte „Europäisches Burgenmuseum Ehrenberg“, das „Soziale Leitbild Außerfern“ (für das die Region auch den 1. Preis beim österreichweiten Innovationspreis von LEADER erhalten hat) und die landwirtschaftliche Kooperation bzw. der Bauernladen in Reutte vorgestellt. Andererseits wurden mit den TeilnehmerInnen die wesentlichen Erfolgsfaktoren von LEADER im Außerfern diskutiert. Von der Europäischen Kommission wurden abschließend die 16 LEADER-Regionen mit einem Preis ausgezeichnet. Der Preis stammte dabei jeweils von einer der ausgezeichneten Regionen. Die LEADER-Region „Regionalentwicklung Außerfern“ erhielt ihren Preis von einer LEADER-Region aus Schottland. ■

www.allesausserfern.at



Von links: Dr. Dietmar Schennach, Bezirkshauptmann von Reutte; Liesi Pfurtsheller, Projektkoordinatorin „Burgmuseum Ehrenberg“; Bürgermeister Vinzenz Knapp, Obmann REA; Christian Stampfer, Abteilung Raumordnung-Statistik; Dorothea Hackl, Projektkoordinatorin „Landwirtschaftliche Kooperation“; Luis Fidschuster, LEADER - Netzwerkstelle Österreich; Elfriede Huber, Projektkoordinatorin „Soziales Leitbild Außerfern“; Mag. Günther Salcher, LEADER - Management.

Management für LAG MUT und Hohe Salve



Mit 1. Dezember 2007 starteten auch die neuen Lokalen Arbeitsgruppen (LAG) „Mittleres Unterinntal Tirol (MUT)“ und „Hohe Salve“ mit der Umsetzung ihrer lokalen Entwicklungsstrategien. Die Regionen haben gemeinsam das Management ausgeschrieben und als Managerin konnte Barbara Loferer verpflichtet werden. Barbara Loferer stammt aus Salzburg und betreute seit 2001 in der LEADER +- Periode in Salzburg die LAG „Nationalpark Hohe Tauern“. Neben der Tätigkeit in der Region hat sie sich auch sehr intensiv ins österreichweite und europäische LEADER – Netzwerk eingebracht. Die Schwerpunkte ihrer bisherigen Tätigkeiten lagen im Bereich Tourismus, Landwirtschaft, Natur und Kultur sowie Jugend. Barbara Loferer war weiters Mitglied des österreichischen Kernteams – LEADER + betreffend der Programmevaluierung und war u. a. federführend an der Strategierarbeitung der LAG „Mittleres Unterinntal Tirol“ beteiligt. Die beiden neuen LAGs „Mittleres Unterinntal Tirol“ und „Hohe Salve“ konnten somit einerseits einen „Profi“ für die Umsetzung ihrer Strategien gewinnen. Andererseits setzen sie mit einer gemeinsamen Geschäftsführerin ein starkes Zeichen für eine zukünftig intensive Kooperation zwischen diesen beiden Regionen. Eine entsprechende Kooperationsvereinbarung wurde bereits im Vorfeld von beiden LAGs unterfertigt.

Kontaktdaten:

Barbara Loferer
e-mail: loferer@foerderinfo.eu
Tel: 0664-2010845

Besonders wichtig ist bei LEADER auch das Thema Gender-Mainstreaming und Gleichstellung zwischen Männer und Frauen. Diesbezüglich müssen vor allem folgende Punkte beachtet werden:

- Aktive Einbindung von Frauen im Zuge der Erarbeitung der jeweiligen lokale Entwicklungsstrategie. Es wurden dabei eigene Arbeitsgruppen eingerichtet bzw. in einzelnen Regionen ein eigenes Aktionsfeld in die Strategie aufgenommen.
- Einbeziehung von Frauen im Zuge der Umsetzung der jeweiligen regionalen Strategie. LEADER definiert als Zielgröße, dass 1/3 Frauenanteil in allen Ebenen der Umsetzung (Leistungs- und Entscheidungsebene bzw. Projektentwicklung) angestrebt werden soll. In einem ersten Schritt soll diese Zielgröße auf Ebene der Projektentwicklung, mittelfristig auch auf Entscheidungsebene erreicht werden. Weiters muss die strategiekonforme Umsetzung jährlich evaluiert werden und dabei wird vor allem auch auf das Thema Gender Mainstreaming besonders geachtet werden.

LEADER Regionen in Tirol

Im Zuge eines bundesweiten Auswahlverfahrens wurden im November 2007 schlussendlich folgende 8 Tiroler Regionen als LEADER – Regionen ausgewählt:

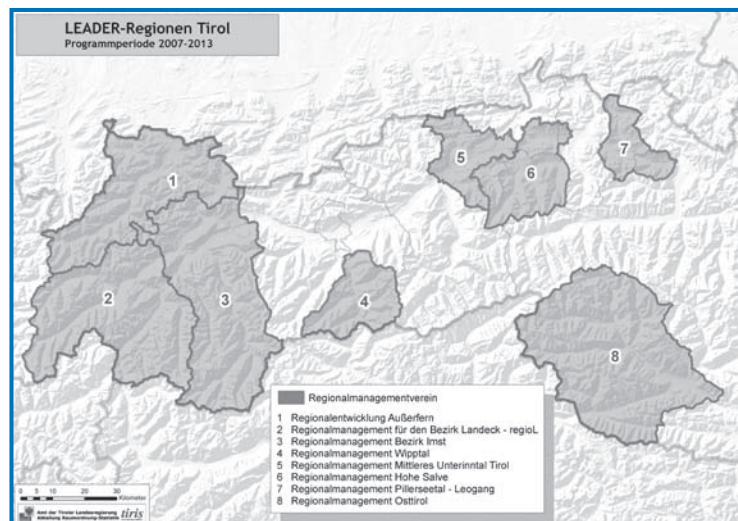
- Regionalentwicklung Außerfern
- Regionalmanagement Bezirk Imst
- Regionalmanagement für den Bezirk Landeck - regioL

- Regionalmanagement Wipptal
- Regionalmanagement Mittleres Unterinntal Tirol
- Regionalmanagement Hohe Salve
- Regionalmanagement Pillerseetal - Leogang
- Regionalmanagement Osttirol

Für die Umsetzung stehen den Regionen auf Basis der indikativen Finanztabelle in Tirol ca. 50 Mio. Euro zur Verfügung. Das bedeutet eine wesentliche Steigerung der Finanzmittel im Vergleich zum LEADER+ - Programm der Periode 2000 – 2006. Es gilt nun in Zusammenarbeit mit den ManagerInnen vor Ort entsprechend qualitätsvolle Projekte zu entwickeln. Bezüglich der Projektentscheidungen gibt es dann folgenden Ablauf:

- Regionale Projektentscheidung durch das regionale LEADER – Entscheidungsgremium der jeweiligen LEADER – Region
- Prüfung der LEADER – Konformität durch die Abteilung Raumordnung – Statistik als zuständige Landesstelle
- Definitive nationale und EU - Förderentscheidung durch die für das jeweilige Projekt inhaltlich zuständige Fachabteilung

Die LEADER-Projekte müssen dabei nicht vollinhaltlich den Achseninhalten des „Österreichische Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums“ entsprechen sondern wesentlich ist, dass die Projekte den Zielsetzungen der Achsen entsprechen. Damit wurde der breite inhaltliche Ansatz für die Förderung von Projekten im Zuge von LEADER fortgeschrieben.



Widmungsbilanz 2007 - Bauland ist keine Mangelware

Robert Ortner

Örtliche Raumordnungskonzepte haben deutliche Auswirkungen auf die Widmungsbilanz in Tirol. Die darauf abgestimmten neuen Flächenwidmungspläne präzisieren die baulichen Nutzungsmöglichkeiten, etliche Gemeinden vollziehen eine am Bedarf orientierte Widmungspolitik.

Wie erstmals im Raumordnungsgesetz 1994 festgelegt, ist jede Gemeinde Tirols verpflichtet, ein örtliches Raumordnungskonzept zu erstellen. Die Phase der Erstellung und der Genehmigung der Raumordnungskonzepte wurde bis 2002 zum

größten Teil abgeschlossen. Unmittelbar danach begann die Phase der Neuerlassung der Gesamtflächenwidmungspläne, welche die raumordnerischen Aussagen der Raumordnungskonzepte konkret in gewidmete Flächen umsetzen.

Der jährliche Zuwachs an

gewidmeten Flächen in Tirol war bis zum Jahr 2000, ähnlich der Bevölkerungsentwicklung, ziemlich gleichmäßig und pendelte sich bei etwa 350m² pro zusätzlichen Einwohner und pro Jahr ein. Ab dem Jahr 2000 ist allerdings eine sehr starke Dynamik, ausgelöst durch die hohe Zahl an neu erlassenen Gesamtflächenwidmungsplänen zu erkennen.

Aktuelle Widmungsbilanz

Die Widmungsbilanz unterscheidet zwischen Wohngebieten, Mischgebieten, Gewerbegebieten, Sonderflächen für landwirtschaftliche Nutzung und Sonderflächen mit Bauland ähnlicher Nutzung. Durch die Differenzierung dieser fünf verschiedenen Kategorien von bebaubarem Land lässt sich nicht nur der Baulandzuwachs feststellen, sondern auch die Verschiebungen zwischen den einzelnen Kategorien.

Der Bestand an gewidmetem Bauland und baulandähnlichen Sonderflächen änderte sich im Zeitraum vom 1.1.2000 bis zum 1.1.2007 um 1.279ha auf insgesamt 21.136ha, das sind 211km². Dies bedeutet einen Zuwachs von 6,4% in sieben Jahren, und liegt damit über der Entwicklung der Bevölkerung, welche



„Gemeinden mobil“

Unter dem Titel „Gemeinden mobil“ wurden in einer Impulsveranstaltung der Verkehrsplanungsabteilung des Landes und des Klimabündnisses Tirol am 15. November 2007 im Innsbrucker Rathaus vorbildliche Verkehrsinitiativen vorgestellt. Auch die Landesräte DI Hans Lindenberger und Anton Steixner nahmen an dieser Veranstaltung teil.



Möglichkeiten zur klimafreundlichen Optimierung des motorisierten Individualverkehrs, regionale Kooperationen zur gemeinsamen Lösung von Verkehrsproblemen, Maßnahmen zur weiteren Attraktivierung des Öffentlichen Verkehrs, Verkehrsvermeidung durch Nahversorgung und Ansätze zur Forcierung des Radverkehrs wurden an Hand konkreter Beispiele aufgezeigt.

Raumplanerisch von besonderem Interesse sind die auf Vereinslösungen beruhenden Nahversorgungsmodelle der beiden oberösterreichischen Gemeinden Dimbach und St. Thomas am Blasenstein. Ein Blick ins Internet lohnt:

www.dimbach.at
www.st-thomas.at

(jeweils Rubrik Nahversorgung)

um 4,8% wuchs. In Anbetracht des Wirtschaftswachstums speziell im Inntal kann der Baulandzuwachs noch proportional zur Bevölkerungsentwicklung gesehen werden.

Da in Tirol 11,8% der Gesamtfläche, also 1.493km² als Dauersiedlungsraum zu bezeichnen sind, befindet sich nun der Anteil der gewidmeten Fläche am Dauersiedlungsraum bei 14,1%. Betrachtet man die einzelnen Widmungskategorien bzw. die Anordnung dieser gewidmeten Flächen in den einzelnen Bezirken so sind hier sehr unterschiedliche Entwicklungen erkennbar.

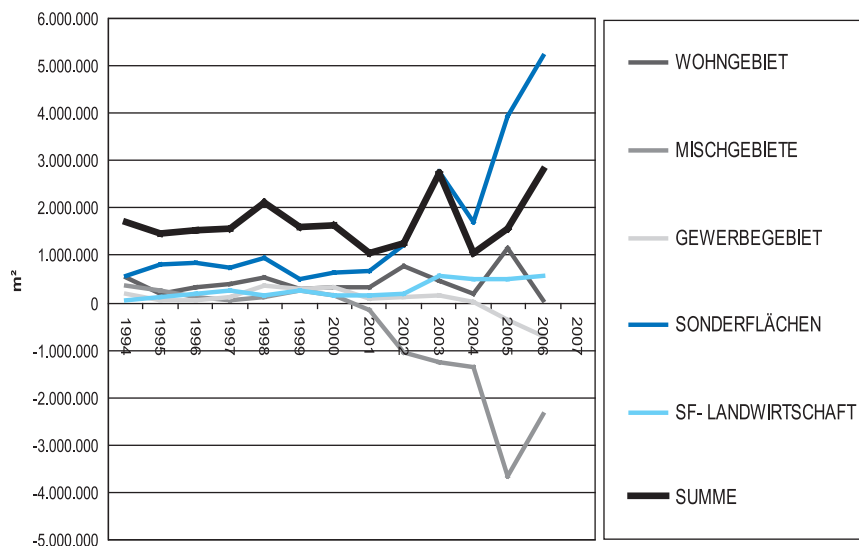
Genaue Festlegung der Nutzung

Die Widmungskategorien haben sich durch die Neuerlassung der Flächenwidmungspläne sehr differenziert, lediglich der Zuwachs an Wohngebiet mit 3,8% im Zeitraum der letzten sieben Jahre ist mit früheren Werten zu vergleichen. Die baulandähnlichen Sonderflächen sind in auffälliger Weise um 80% gewachsen. Als Gegengewicht zu diesem rasanten Anstieg von 170ha ist vor allem die Rücknahme von 100ha Mischgebiet und 36ha Gewerbegebiet zu nennen.

Anhand solch markanter Zahlen lässt sich erkennen, dass es in den letzten Jahren zu einer Neudefinierung des Baulandes kam. Die allgemein gehaltene Kategorie Mischgebiet wurde in die speziell gewidmete Ka-

tegorie der Sonderfläche übergeführt, das selbe gilt in einem etwas kleineren Ausmaß für das Gewerbegebiet. Dies wurde zum Teil auch vom Gesetzgeber so gefordert: So sind nun (gemäß TROG-Novelle 2006) nicht wie bisher bereits Großhotels und Einkaufszentren, sondern auch Tankstellen und Handelsbetriebe nur noch auf speziellen Sonderflächen zu errichten. Aber auch die Differenzierung innerhalb der Kategorie Sonderfläche ist in den Gesamtflächenwidmungsplänen signifikant ablesbar. So stieg der jährliche Zuwachs der Sonderflächen für landwirtschaftliche Nutzung von 109ha im Jahr 2000 auf 386ha im Jahr 2007. Die gewidmete Gesamtfläche wird in ihrer möglichen Nutzung immer genauer beschrieben, um die immer anspruchsvolleren Anforderungen an Grund und Boden von der Gemeinde-führung her besser steuern zu können. Der Vorteil der Ausdifferenzierung der Widmungen liegt in der treffsicheren Steuerungsmöglichkeit für Gebäude und Anlagen mit besonderen Raumwirkungen (z.B. Handelsbetriebe, Tankstellen, Beherbergungsgroßbetriebe). Allerdings besteht bei ausufernden Sonderflächenwidmungen die Möglichkeit, dass die Flächenwidmung in die Nähe eines „vorgezogenen Bauverfahrens“ rückt. Die Grenzen dieser Ausdifferenzierung liegen dort wo ohne siedlungbezogene Notwendigkeit eine Baufreiheit des Grundbesitzers eingeschränkt wird.

Jährlicher Flächenzuwachs



Regionale Unterschiede in der Widmungspolitik

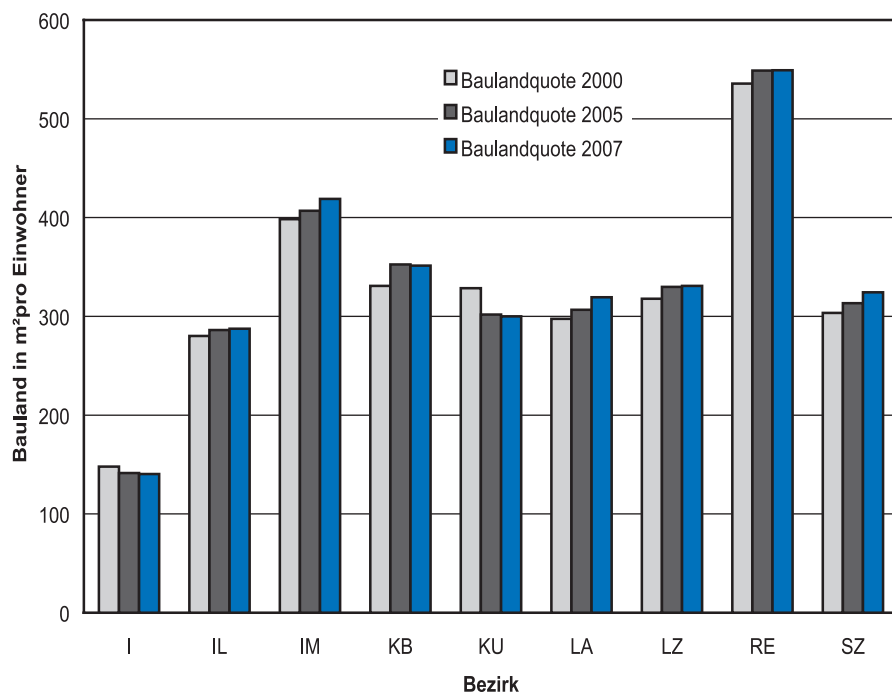
Die so genannte Baulandquote stellt das Verhältnis zwischen gewidmetem Bauland inklusive baulandähnlichen Sonderflächen und der Zahl der Einwohner in den einzelnen Bezirken dar.

Auffallend sind die Unterschiede zwischen den Gemeinden in Bezug auf eine konsequente Raumentwicklung. Es gibt gute Beispiele der zurückhaltenden Baulandausweisung und der konsequenten Rückführung überzogener Baulandwidmungen, aber auch problematische Beispiele von anhaltend unangemessenen Baulandentwicklungen. Diese Unterschiede zeichnen sich tendenziell bereits beim Vergleich der Bezirksergebnisse ab.

Es lässt sich erkennen, dass die Bezirke Innsbruck-Stadt und Kufstein, in denen die Bevölkerung über dem Durchschnitt wuchs (5,3% und 6,7%), dennoch eine sehr zurückhaltende Baulandausweisung vorgenommen haben, sodass die Baulandquote im Zeitraum 2000 -2007 sogar sank. Das bedeutet, dass sich in diesen beiden Bezirken die Widmungstätigkeit am konkreten Bedarf orientiert hat und Baulandausweisungen aus früheren Jahrzehnten, welche nicht verfügbar sind, zum Teil zurück genommen wurden.

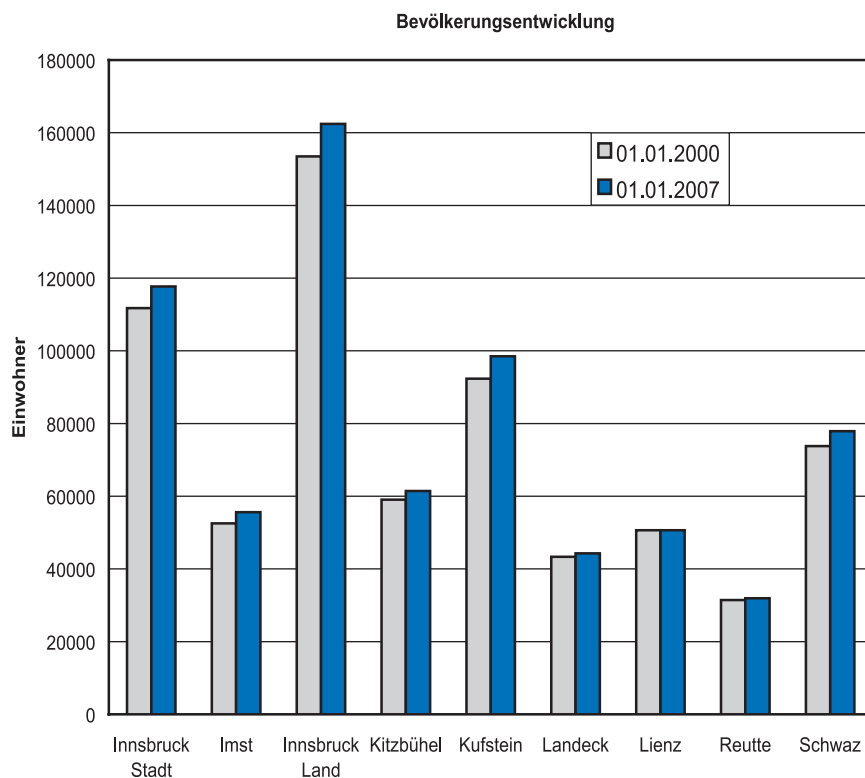
Die meisten der anderen Bezirke schwanken nur wenig um den Landesdurchschnitt, verzeichnen also eine leichte Erhöhung der Baulandquote. So ist in den Bezirken Schwaz und Imst die Fläche des bebaubaren Landes in sieben Jahren um über 10% gewachsen. In Bezirken mit fast keiner bzw. sogar rückläufiger Bevölkerungsentwicklung (Reutte und Lienz) ist ein deutliches Plus an Bauland (68ha und 65ha) erkennbar. Hier muss davon ausgegangen werden, dass der aktuelle Bedarf an Bauland durch ständige Einzelwidmungen gestillt wird. Die vorgesehenen Baulandreserven werden aus verschiedenen Gründen nicht genutzt, was in Summe zu ungewünschten Auswirkungen auf die räumliche und finanzielle Entwicklung der Gemeinden führt.

Eine Ausnahme bleibt nach wie vor der Bezirk Reutte, der bereits im Jahr 2000



eine sehr hohe Baulandquote aufwies. Diese wurde in den vergangenen sieben Jahren weiter erhöht, sodass nun pro Einwohner im Bezirk Reutte nahezu doppelt so viel Bauland gewidmet ist (549m²) wie im Bezirk Innsbruck-Land (288m²). Dies angesichts einer sehr geringen Bevölkerungsentwicklung von 1,4%. Hier

braucht es eine deutliche Veränderung der Widmungsdynamik, um auch im Bezirk Reutte bedarfsorientiert, also der Bevölkerungsentwicklung entsprechend Bauland auszuweisen und nicht Baulandreserven weiter zutragen und somit eine kompakte Siedlungsentwicklung verhindern.



Internationale Konferenz „Managing Alpine Future“

Die Österreichische Akademie der Wissenschaften, das alpS – Zentrum für Naturgefahren-Management und die Universität Innsbruck veranstalteten von 15. – 17. Oktober 2007 die internationale Konferenz „Managing Alpine Future“ in Innsbruck. Als Thema der Konferenz, welche 400 Teilnehmer anzog, stand der zukunftsorientierte Umgang mit den Folgen des Klimawandels und des sozioökonomischen Wandels im gesamten Alpenraum im Mittelpunkt. In 8 thematischen Kernbereichen wurden die Ist-Situation und insbesondere die Ansätze und Strategien zum Umgang mit diesen dynamischen Vorgängen aufgezeigt und diskutiert, die Zusammenfassungen sind unter

www.alpinefuture.com

publiziert. Unter dem Motto „Sicher durch die Zeit des Wandels“ vereinbarten die teilnehmenden Institutionen in einer Grundsatzerklärung ihre Bereitschaft zur weiteren operativen Zusammenarbeit. ■



Fliesabdeckung am Gletscher



Fazit der Widmungsbilanz

Als eine erste Aussage der Entwicklung in den letzten sieben Jahren kann von einer Präzisierung bei den Widmungskategorien in allen Bezirken gesprochen werden. Ein zweites Ergebnis stellt die offensichtliche Bereinigung von nicht verfügbaren bzw. derzeit nicht bebaubaren Flächen in etlichen Gemeinden, gehäuft in einzelnen Bezirken dar. In Summe ist durch die Erlassung der neuen Gesamtfächenwidmungspläne ein Ruck in der Widmungslandschaft in Tirol von statten gegangen, welcher die Kategorien und die Ausweisung von Bauland neu aufgesetzt hat. Dort, wo Gemeinden das örtliche Raumordnungskonzept als Instrument zur strategischen Ausrichtung der Baulandentwicklung genutzt haben, führte dies zur Bereinigung von Altwidmungen aus den Flächenwidmungsplänen der ersten Generation von 1975 bis 1989.

Ungeachtet dieser positiven Auswirkungen – die leider nicht durchgängig zu beobach-

ten sind – muss der immer noch hohe jährliche Baulandzuwachs als Gradmesser der Widmungspolitik jener Gemeinden gewertet werden, für welche die Boden sparende, geordnete räumliche Entwicklung kein hochrangiges Ziel darstellt.

Landesweit hat das Ausmaß der gewidmeten Flächen weiter zugenommen, ebenso die Widmungsquoten pro Kopf. Der Weg zu einer wirklich Boden sparenden Siedlungsentwicklung braucht noch weitere Anstrengungen wie Baulandmobilisierung und Verkehrsplanung.

Die Gemeinden und das Land sind gleichermaßen herausgefordert, die Entwicklung verstärkt in den Griff zu bekommen. Dazu gehört es auch, das Widmungsgeschehen nachvollziehbar zu dokumentieren und transparent zu kommunizieren. Nur so ist auf Fakten gestütztes Handeln möglich. ■

www.tirol.gv.at/raumordnung

Analyse der Baulandbilanzen im Tiroler Zentralraum

Manfred Riedl

Erstmals liegen nun – vorerst für 71 Gemeinden im Tiroler Zentralraum – konkrete und nachvollziehbare Zahlen über das Ausmaß der Baulandreserven für Wohnzwecke am Tisch.

Der Anteil der noch unbebauten Flächen am gewidmeten Bauland bzw. an den Sonder- und Vorbehaltsflächen gibt darüber Auskunft, welche Möglichkeiten für die Siedlungsentwicklung von Gemeinden und Planungsverbänden noch vorhanden

sind, ohne dass zusätzliche Flächen gewidmet werden müssen.

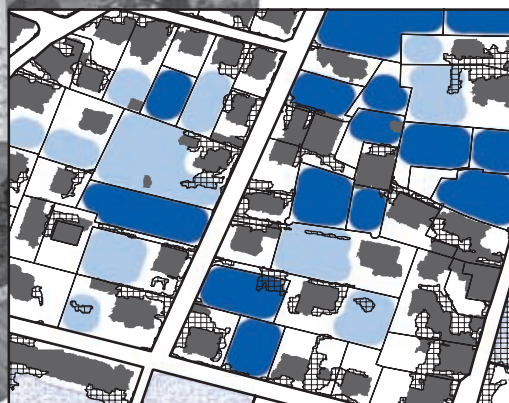
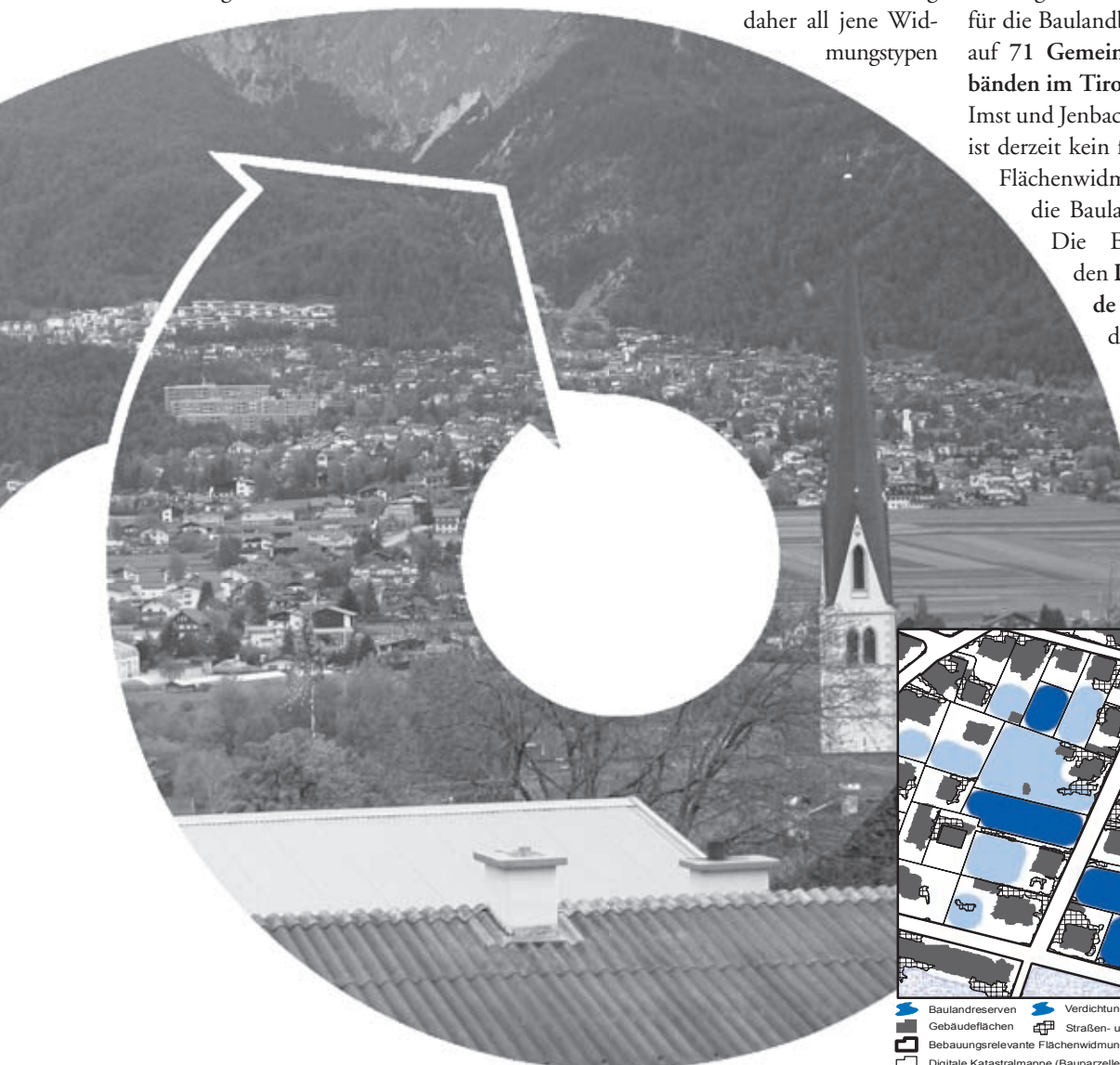
Die gegenständliche Analyse befasst sich mit den vorhandenen Strukturen und Potenzialen an gewidmeten Flächen **für den Wohnbau**. Es werden in die Auswertung

daher all jene Widmungstypen

einbezogen, welche für die Wohnnutzung in Betracht kommen: Wohngebiete und alle Formen von Mischgebieten sowie Vorbehaltsflächen für den objektgeförderten Wohnbau.

Die Ergebnisse aus diesem ersten Projekt für die Baulandbilanzierung beziehen sich auf **71 Gemeinden in 12 Planungsverbänden im Tiroler Zentralraum** zwischen Imst und Jenbach. Für die Stadt Innsbruck ist derzeit kein flächendeckender digitaler Flächenwidmungsplan und daher auch die Baulandbilanz nicht verfügbar.

Die Ergebnisse repräsentieren den **Datenstand zum Jahresende 2005**, da die Auswertung des Gebäudebestandes aus dem Orthophotoprojekt 2005 des Landes Tirol vorgenommen wurde.



Legend for the map:
■ Baulandreserven ■ Verdichtungsreserven ■ Bebaubare Sonderflächen
■ Gebäudeflächen ■ Straßen- und sonstige befestigte Flächen
■ Bebauungsrelevante Flächenwidmungsgrenzen (BL, SFL, VBF)
□ Digitale Katastralmappe (Bauparzellen nach Eigentum zusammengefasst)

Ergebnisse der Baulandbilanzierung

Mehr als ein Viertel des ausgewiesenen Baulands im Tiroler Zentralraum ist nicht bebaut. Der Anteil an Reserveflächen differiert von Gemeinde zu Gemeinde beträchtlich, im Oberland sind anteilig mehr Reserveflächen verfügbar als im Unterinntal.

	Einwohner	Wohn- und Mischgebiete	davon unbebaute Grundflächen	Anteil Reserveflächen in %
11 große Gemeinden (> 5.000 EW)	97.264	1.642	413	25,2
26 mittlere Gemeinden (2.000 – 5.000 EW)	70.711	1.965	543	27,6
34 Kleingemeinden (< 2.000 EW)	40.395	1.146	303	26,5
Tiroler Zentralraum (ohne Innsbruck)	208.370	4.753	1.259	26,5

Tabelle: Verfügbares Bauland

Verfügbares Bauland

Die untersuchten 71 Gemeinden im Tiroler Zentralraum (ohne Innsbruck) weisen in Summe 5.450 Hektar an Bauland auf. Davon entfallen 4.753 Hektar auf Wohn- und Mischgebiete, in denen insgesamt über 208.000 Einwohner wohnen.

Auf die 11 großen Gemeinden (> 5.000 Einwohner) konzentriert sich nahezu die Hälfte der Einwohner (97.000). Diese Gemeinden verfügen aber nur über ein Drittel des wohnbaufähigen Baulandes (34,6%) des gesamten untersuchten Raumes. Die überwiegend städtisch geprägte

Siedlungsform der größeren Orte weist eine deutlich höhere Dichte der Besiedelung auf als dies in den durch eine aufgelockerte und zumeist eingeschossige Bauweise geprägten Dörfern der Fall ist. Der relativ als auch quantitativ größte Anteil an Baulandreserven ist in mittelgroßen Gemeinden verfügbar.

Flächenverbrauch

In den untersuchten 71 Tiroler Gemeinden wohnten mit Stand 1.1.2006 insgesamt 208.370 Personen in rund 84.000 Haushalten und 44.500 Wohngebäuden.

Nr.	Planungsverband	Bauland in Hektar	davon Wohn- und Mischgebiete in Hektar	davon unbebaute Grundflächen in Hektar	Anteil Reserveflächen in %
10	Imst u. Umgebung	509	447	134	30,0
11	Inntal-Mieminger Plateau	363	337	100	29,6
12	Pitztal	163	160	37	23,1
13	Ötztal	385	329	95	28,9
14	Seefeldler Plateau	286	281	90	31,9
15	Telfs u. U.-Salzstraße	908	781	212	27,1
16	Hall u. Umgebung	723	611	139	22,8
17	Völs-Kematen u. U.-Sellrain	310	273	72	26,4
18	Westliches Mittelgebirge	354	341	81	23,9
19	Südöstliches Mittelgebirge	194	189	51	27,0
20	Wattens u. Umgebung	387	317	74	23,5
24	Schwaz-Jenbach u. U.	868	686	173	25,2

Tabelle: Vorhandenes Bauland nach Planungsverbänden

Von den tatsächlich baulich genutzten Wohn- und Mischgebieten entfallen daher im Durchschnitt 168m² auf jeden Einwohner, 415m² auf jeden Haushalt bzw. 718m² auf jedes Wohngebäude.

Der Verbrauch an Grund und Boden differiert allerdings in verschiedenen Betrachtungsweisen beträchtlich: So nutzt jeder Einwohner in kleinen Gemeinden (< 2.000 Einwohner) mit 209m² nahezu die doppelte Grundfläche wie ein Bewohner großer Orte (126m²) für Wohnzwecke.

Unbebaute Grundflächen

In den gewidmeten Wohn- und Mischgebieten des untersuchten Raumes ist nach der Methodik der Baulandbilanzierung (siehe RO-Info 33) ein Anteil von 26,5% an nicht bebauten Grundflächen vorhanden. Die Bandbreite des Anteils an unbebauten Grundflächen für die Wohnnutzung nach Gemeinden schwankt zwischen 14% und 37%. Extremwerte in beiden Richtungen werden zumeist von kleinen Gemeinden (< 2.000 Einwohner) erreicht, in den 11 großen Gemeinden (> 5.000 Einwohner) fallen die Abweichungen vom Mittelwert bei tendenziell weniger Reserven (im Durchschnitt 25,1%) deutlich geringer aus.

In regionaler Hinsicht weisen die Planungsverbände im Oberinntal größere Anteile an unbebauten Flächen (28,6%) auf, während in den untersuchten Planungsverbänden um Innsbruck und im Unterinntal geringere Anteile an Baulandreserven (24,5%) verfügbar sind.

Vorbehaltsflächen für den sozialen Wohnbau

Obwohl diese Widmungsart bereits seit 1994 im Tiroler Raumordnungsgesetz aufscheint, ist deren tatsächliche Verwendung äußerst gering. Nur 7 von 71 Gemeinden im Tiroler Zentralraum (ohne Innsbruck) weisen insgesamt 7 Hektar Vorbehaltsflächen für den objektgeförderten Wohnbau aus. 70% dieser Vorbehaltsflächen sind nicht bebaut.

Dynamik der Siedlungsentwicklung

Der anhaltende Wohnungsbedarf im Tiroler Zentralraum geht mit der ungebrochenen Zunahme der Privathaushalte einher. Die Dynamik der Siedlungsentwicklung verläuft auf Gemeindeebene sehr unterschiedlich, sie stabilisiert sich auf Ebene der Planungsverbände.



Anhaltender Wohnungsbedarf

Nach den Ergebnissen der Volkszählungen 1981 und 2001 verlief die Entwicklung der Haushalte im Tiroler Zentralraum (ohne Innsbruck) überaus dynamisch und betrug im jährlichen Durchschnitt exakt 2%. Dieser Indikator für den Wohnungsbedarf wird sich nach langfristigen Prognosen der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) auf Bezirksebene im Zeitraum 2001 bis 2031 zwar abschwächen, aber die Zahl der Haushalte wird in diesem Zeitraum im Untersuchungsgebiet immer noch um nahezu 30% zunehmen. Eng mit der Entwicklung der Haushalte gekoppelt ist die in den Gebäude- und Wohnungszählungen 1981 und 2001 nachgewiesene Zunahme an Wohngebäuden mit einem jährlichen Zuwachs von 1,9% im Untersuchungsgebiet. Dieser Index weist im langjährigen Rückblick (1981 – 2001) allerdings extreme Unterschiede nach Gemeinden auf und pendelt zwischen Werten von 0,8% und 4,8% Zunahme an Wohngebäuden pro Jahr. In Hinblick auf die Größenstruktur der Gemeinden ist in diesem Wachstum keine Systematik ersichtlich. Auf Ebene der Planungsverbände pendelt sich die unterschiedliche Dynamik der örtlichen Siedlungsentwicklung allerdings auf einen durchschnittlichen Wertebereich von 1,7% bis 2,2% Wachstum ein.

Flächenbedarf für Wohnzwecke

Unter der Annahme der gleichmäßigen Fortschreibung der bisherigen Siedlungsentwicklung und einer (theoretisch) vollständigen Baulandmobilisierung würden die vorhandenen Baulandreserven im Tiroler Zentralraum (ohne Innsbruck) in 16 Jahren aufgebraucht sein. Dieser Zeitraum bleibt auch plausibel, wenn die prognostizierte Halbierung der Siedlungsentwicklung und eine faktische Halbierung der Baulandreserven als realistisches Szenario angenommen werden.

Aufgrund der Unterschiede an Reserveflächen, insbesondere aber wegen der deutlich unterschiedlichen Siedlungsdynamik, ergeben sich für die einzelnen Gemeinden allerdings sehr differenzierte zeitliche „Spielräume“ in ihrer Siedlungspolitik: die Prognosen für das Auskommen mit den vorhandenen Baulandreserven auf Gemeindeebene schwanken in unsystematischer Weise zwischen 6 und 48 Jahren.

Die Planungsverbände können als funktionale Wohnraumregionen wesentlich ausgeglichener bilanzieren: die allermeisten dieser Regionen weisen ähnliche Beziehungen zwischen Baulandreserven und Siedlungsdynamik auf. Das vorhandene Bauland reicht bei demnach für 13 bis 22 Jahre aus.

Nach dieser Prognose können auf den bereits gewidmeten, unbebauten Grundflächen im Tiroler Zentralraum (ohne Innsbruck) zusätzlich zu den vorhandenen 208.000 Einwohnern noch weitere 73.000 Personen Wohnraum finden.

Quellen:

Land Tirol, Baulandbilanzen 2005
 Statistik Austria, Ergebnisse der Großzählungen 1981 und 2001
 ÖROK, Bevölkerungsprognose 2006

www.tirol.gv.at/raumordnung

Nr.	Planungsverband	Einwohner 2006	jährliche Zunahme an Wohngebäuden 1981 - 2001	zeitlicher Spielraum in Jahren	Einwohner final
10	Imst u. Umgebung	15.752	1,9	19	22.490
11	Inntal-Mieminger Plateau	8.899	2,2	16	12.646
12	Pitztal	5.995	2,1	13	7.801
13	Ötztal	10.799	1,8	19	15.199
14	Seefeldler Plateau	6.286	1,7	22	9.233
15	Telfs u. U.-Salzstraße	33.549	2,2	15	46.050
16	Hall u. Umgebung	35.734	1,6	16	46.280
17	Völs-Kematen u. U.-Sellrain	14.385	2,3	14	19.554
18	Westliches Mittelgebirge	14.124	1,8	15	18.552
19	Südöstliches Mittelgebirge	7.207	2,2	15	9.869
20	Wattens u. Umgebung	17.864	1,8	15	23.339
24	Schwarz-Jenbach u. U.	37.776	2,0	15	50.516
	Tiroler Zentralraum (ohne Innsbruck)	208.370	1,9	16	281.529

Tabelle: Dynamik der weiteren Entwicklung auf Basis vorhandener Baulandreserven

Tivoli – ein neuer Stadtteil im Zentrum von Innsbruck

Martin Schönherr

Bald wird Innsbrucks neuer Stadtteil auf dem Gelände des ehemaligen Tivolistadions fertig gestellt sein. Die Bezeichnung „Stadtteil“ ist zutreffend, werden doch auf dem ca. 7 Hektar großen Areal künftig ca. 1.700 Menschen wohnen und arbeiten.

Auf dem Innsbrucker Stadtplan ist zu erkennen, dass die Stadt entlang eines Teils ihrer Nord-Südachse eine deutlich geringere Bebauungsdichte aufweist. Grund dafür ist das Bahnhofsgelände und die dort fehlenden Ost-Westverbindungen. Öst-

lich des Bahnhofsareals war bis jetzt das städtische Wachstum gebremst.

Dieser Zustand hat die Stadt Innsbruck seit Existenz des Bahnhofs geprägt. Augenscheinlich wurde das Defizit aber erst durch das Wachstum von Pradl in der Zwischenkriegszeit, da erst

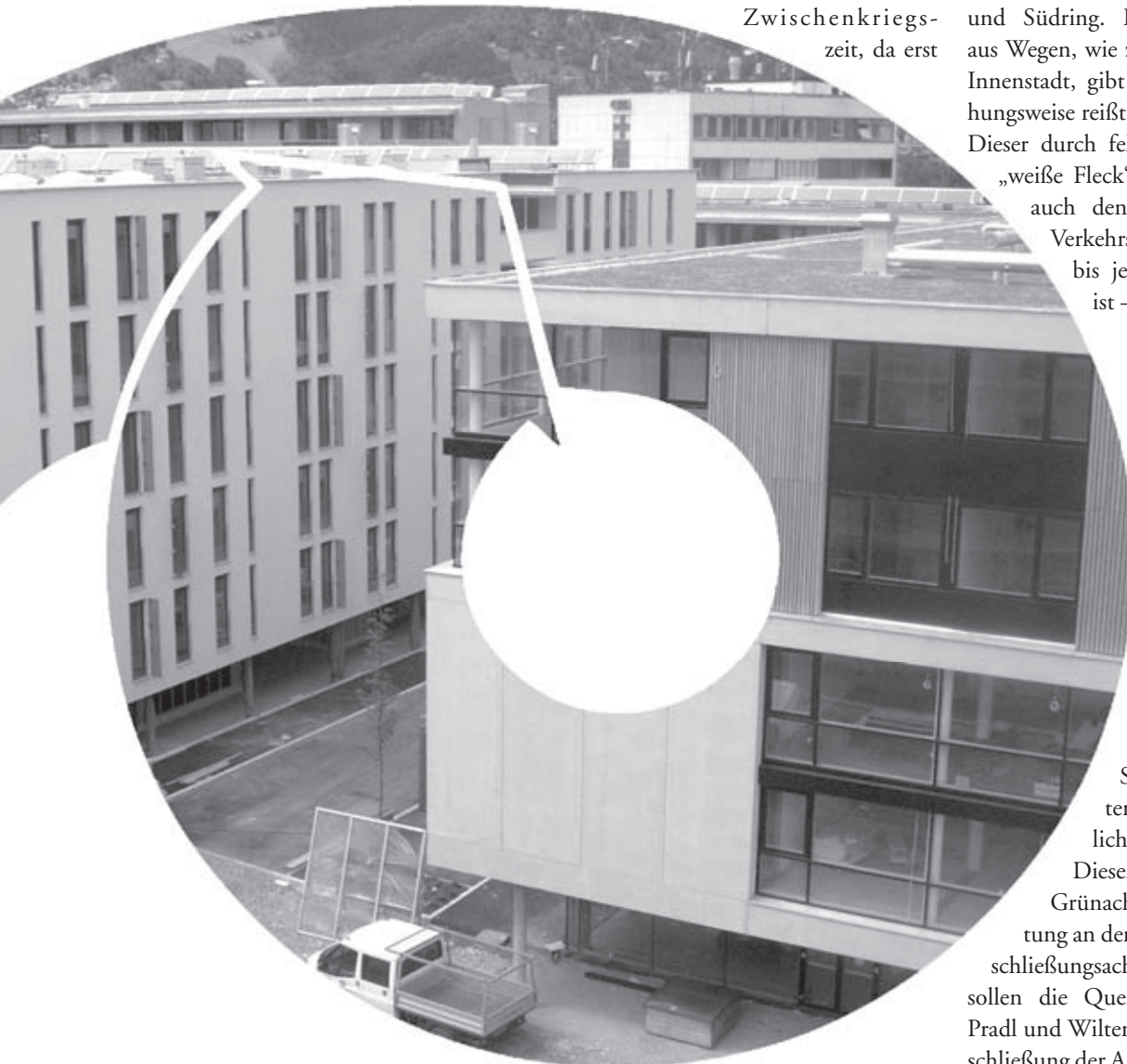
durch das Entstehen dieses Stadtteils eine zentrumsnahe Lücke sichtbar zurückblieb. Die südöstlichen Stadtteile sind durch zwei stark befahrene, für Fußgänger nur beschränkt attraktive Verkehrsachsen mit Innsbruck verbunden – Amraserstraße und Südring. Ein städtisches Gewebe aus Wegen, wie zwischen Wilten und der Innenstadt, gibt es dagegen nicht beziehungsweise reißt dieses am Sillufer ab.

Dieser durch fehlende Stadtentwicklung „weiße Fleck“ auf der Landkarte, der auch den Bahnhof als zentralen Verkehrsknoten abwertet – da er bis jetzt einseitig ausgerichtet ist – wird nun ergänzt.

Städtebauliches Leitprojekt

Das städtebauliche Leitprojekt wurde im Rahmen eines Wettbewerbes der Neuen Heimat Tirol, der ZIMA Wohn- und Projektmanagement GmbH und der Stadt Innsbruck ermittelt. Als Sieger ging das Darmstädter Architekturbüro Greulich/Dubokovic hervor.

Dieser Plan definiert zwei Grünachsen in Nord-Südrichtung an den Rändern des Areals. Erschließungsachsen in Ost-Westrichtung sollen die Querverbindungen zwischen Pradl und Wilten schaffen. Die innere Erschließung der Anlage schafft verschiedene





räumliche Bezüge zu den umgebenden Bergen und damit Identifikationspunkte für die künftigen Bewohner.

Nach Norden hin wird der Stadtteil zum Areal von Rettung und Feuerwehr durch einen länglichen Baukörper begrenzt. Dieser Baukörper wurde vom Preisträger des Leitprojekts geplant und verbindet die beiden Grünachsen am West- und Ostrand des Stadtteils. Langfristig ist die Integration des Standorts der Rettung vorgesehen.

Zwei auf den ersten Blick traditionelle Blockbebauungen der Architekten Wulz-König und Schwamberger wechseln sich mit Sonderformen der Architekten Manzl-Ritsch-Sander und Noldin&Noldin ab.

Angesichts der Gesamtkonzeption wurde kritisiert, dass die bauliche Antwort auf die Lärmbelastung durch den Südring wenig konsequent ausgefallen sei. Es wurden aber introvertierte Lösungen gewählt, welche baulichen Schallschutz gewährleisten. Besonders klar wurde das beim südwestlichen Baukörper umgesetzt, dessen Wohnungen vom Südring abgewandt sind und dessen „Innenhof“ sich nur dorthin öffnet, wo Grünräume oder verkehrsberuhigte Zonen liegen. Auch der südöstliche Baukörper ist ähnlich introvertiert. Hier schmälert aber die Ausrichtung einiger Wohnungen zum Südring die ansonsten klare Planung.

Wesentliches Merkmal der beiden südlichen Baukörper ist ein ca. zwei normale Geschoße hohes Sockelgeschoß, in dem ein Lebensmittelmarkt und Parkdecks untergebracht werden. Die Innenhöfe auf dem Dach der Sockelgeschoße dieser beiden Baukörper sind somit über das angrenzende Gelände gehoben.

Verkehrliche Anbindung

Die Anbindung des neuen Stadtteils für den motorisierten Individualverkehr erfolgt konventionell durch ein Erschließungssystem, von dem aus auch in die einzelnen Tiefgaragen bzw. Parkdecks eingefahren wird. Die beiden Stichstraßen vom Südring und vom Sillufer her sind für den motorisierten Verkehr nicht verbunden, sodass der Durchzugsverkehr aus dem Stadtteil herausgehalten wird. Allerdings wurden nicht alle Parkplätze in den Tiefgaragen angeordnet, sodass diese Straßen nicht vollkommen autofrei sein werden.

Grundlagen zur Verkehrsvermeidung wurden aber geschaffen, da in den Sockelgeschossen der südlichen Baukörper auch wichtige Infrastrukturen, wie z.B. der Lebensmittelmarkt, angesiedelt werden, somit also die Nahversorgung gesichert ist. Zudem wurde ein Altersheim mit Stadtteilzentrum wurde errichtet. Ein Jugendtreff und ein Kindergarten mit einer entsprechenden Platzbildung, der zur östlichen Grünachse überleitet, folgt noch. Von Anfang an wurde also eine gewisse Durchmischung angestrebt. Radabstellplätze wurden in der Hälfte der Anlage ebenerdig angeordnet.

Die Anbindung an den öffentlichen Personen Nahverkehr (ÖPNV) erfolgt über zwei Busstationen an den jeweiligen Enden der östlichen Grünachse, sodass der gesamte Lebensraum fußläufig an das ÖPNV-Netz angeschlossen ist. Die einzelnen Linien verkehren aber an Wochenenden und an Tagesrandzeiten noch zu selten. Eine Änderung ist hier bereits mit dem neuen Fahrplan der IVB auf der Tangentiallinie T vorgesehen.

Kritisch ist anzumerken, dass die wesentlichen Fußwegachsen über die Verlängerung der Anzengruberstraße zum Busbahnhof und die Verlängerung der Straße entlang des Bauteils 5 über den Bahnhof zur Schidlachstraße in Wilten noch fehlen. Ebenso fehlt die Passage für Fußgänger und Radfahrer durchs Tivoligelände. Dafür wäre die in der Freibadeanlage vorhandene Brücke bestens geeignet. Vorläufig werden aber nur die zwei Nord-Südverbindungen für Fußgänger und Radfahrer innerhalb der Grünachsen umgesetzt.

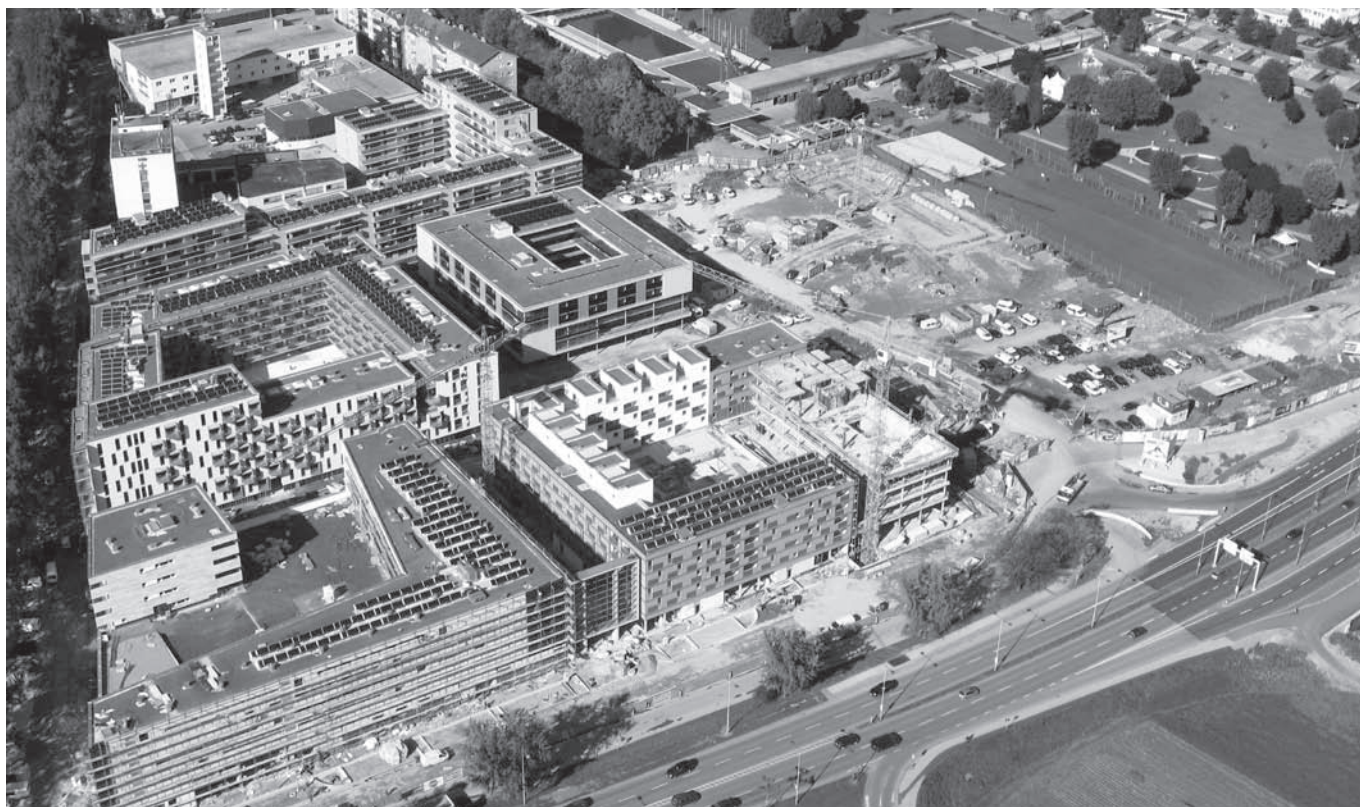
kurzMeldung

3. GemNova.net Kongress in Nauders



Betreut vom Lehr- und Forschungsbereich für Verwaltungsmanagement an der Universität Innsbruck (Univ.-Prof. Dr. Kurt Promberger) gibt es seit mittlerweile drei Jahren die Gemeindeinnovationsplattform GemNova.net. Die Gemeinden Tirols und Südtirols finden hier ein Netzwerk vor, in dem sie sich untereinander vergleichen und durch gute Beispiele voneinander lernen können. Gemeinsam mit dem Regionalmanagement Landeck regioL wurde der 3. GemNova.net Kongress am 25. Oktober 2007 in Nauders abgehalten. Diese Veranstaltung bot Gelegenheit, einen Erfahrungsaustausch auf breiterer Basis zu pflegen. Landesrätin Dr. Anna Hosp stellte die Umsetzung des ZukunftsRaum Tirol als Herausforderung auch für Gemeinden und Planungsverbände dar. Die vielseitigen Referate stellten verschiedene innovative Gemeindeprojekte und gute Beispiele regionaler Zusammenarbeit vor. Die Tagungsbeiträge sind im Internet einsehbar:

www.gemnova.net
www.regioL.at



Bebauungsplanung

Die hier geplante Siedlungsdichte wurde oft kritisiert, da bis jetzt 250 Einwohner pro Hektar in Innsbruck kaum erreicht worden seien. Fakt ist aber, dass im 300m - Umkreis (aus dem Zentrum des Planungsgebiets gemessen) vor Bau der Siedlung ca. 700 Menschen wohnten und diese Zahl sich nun auf ca. 2.400 Einwohner in diesem Umkreis erhöht. Solche Siedlungsdichten werden bereits in mehreren Stadtteilen Innsbrucks erreicht. Im Bereich Kreuzung Gumpstraße-Pradlerstraße leben bereits knapp 5.000 Einwohner im 300m - Umfeld. Im dörflichen Kern von Pradl, im Zentrum von Wilten oder in Mariahilf werden mit dem Tivoliareal vergleichbare Siedlungsdichten erreicht. Dieses bewegt sich im Mittelfeld möglicher Dichten. Das wird sich auch durch künftige Bebauungen nur wenig ändern, da die angrenzenden Freiflächen klar definiert sind.

Ergänzende Informationen:

www.am-tivoli.at

Architektur

Ein Rundgang durch die Wohnbauten und ein Blick in einzelne Wohnungen zeigen, dass Anstrengungen unternommen wurden, damit diese Wohnungen wirklich „Heimat“ werden:

- Wohnungen, die um Loggien wie ein Halbatrium herumgruppiert sind;
- Küchen als zentrale Gelenkpunkte am Eingang der Wohnung;
- unterbrochene Balkone, um diagonale Durchblicke in die unteren Geschosse und teilweise in den Eingangsbereich der Wohnanlagen zu schaffen.

Beispielgebend ist die Kombination von gewerblichen Nutzungen in den unteren Geschossen und an den lärmexponierten Seiten der Bauwerke mit darüber bzw. dahinter liegenden Wohnungen.

Bei der Gestaltung der Blockbebauungen geht man neue Wege. Die Blöcke sind zwar lärmschutztechnisch mit Glaswänden geschlossen, aber an den Ecken aufgebrochen, sodass Innen und Außenzüge hergestellt werden können. Der Bau verwinkelter Eckwohnungen - ein Manko der Blockbebauung - ist damit zumindest teilweise nicht mehr notwendig.

Hauptsächlich werden Wohnungen mit drei oder zwei Zimmern angeboten. 2/3 der Wohnungen sind Mietwohnungen, wobei sich diese in den südlichen Baukörpern konzentrieren.

Ein Großteil der Dachflächen wird für die solare Warmwasseraufbereitung genutzt; der Deckungsgrad der Anlage liegt bei ca. 55%.

Ausblick

Mit dem Schließen dieser zentralen Restfläche wird das Zusammenwachsen Innsbrucks zu einem einheitlichen Stadtkörper vorangetrieben. Der Zeitpunkt, an dem der Bahnhof sich von einem trennenden zu einem verbindenden Element wandelt, rückt näher. Durch die jetzt zu beiden Seiten unmittelbar herandrängenden Stadtteile wächst der Druck zu deren Verbindung. ■

www.tirol.gv.at/raumordnung

Autorenverzeichnis

Johannes Bodner

Mag., Landesrat für Raumordnung und Baurecht der Tiroler Landesregierung

Sigrid Hilger

Mag., Raumordnung-Statistik, Amt der Tiroler Landesregierung

Anna Hosp

Dr., Landesrätin für überörtliche Raumordnung der Tiroler Landesregierung

Robert Ortner

Dipl.-Ing., Raumordnung-Statistik, Amt der Tiroler Landesregierung

Franz Rauter

Mag., Vorstand der Abteilung Raumordnung-Statistik,
Amt der Tiroler Landesregierung

Manfred Riedl

Dipl.-Ing., Raumordnung-Statistik, Amt der Tiroler Landesregierung

Martin Sailer

Dipl.-Ing., Raumordnung-Statistik, Amt der Tiroler Landesregierung

Martin Schönherr

Dipl.-Ing., Raumordnung-Statistik, Amt der Tiroler Landesregierung

Christian Stampfer

Dipl.-Ing., Raumordnung-Statistik, Amt der Tiroler Landesregierung

Hubert Steiner

Dipl.-Ing., Vorstand der Abteilung Wasserwirtschaft,
Amt der Tiroler Landesregierung

Bildernachweis (ohne Passfotos)

Titelseite "Gramais" Konrad Martin TBI-Medienzentrum
Seite 5 Tirol Werbung; *Seite 6* BP-Deutschland; *Seite 9* TVB Innsbruck;
Seite 12 MEV; *Seite 16* BEG; *Seite 26* VVT; *Seite 34* Neue Heimat;
alle anderen Bilder Fotoarchiv der Abteilung Raumordnung-Statistik

Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

